

18.12.2024



LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

**STRAÙE ALS ORT
DEMOKRATISCHER
AUSHANDLUNGSPROZESSE**

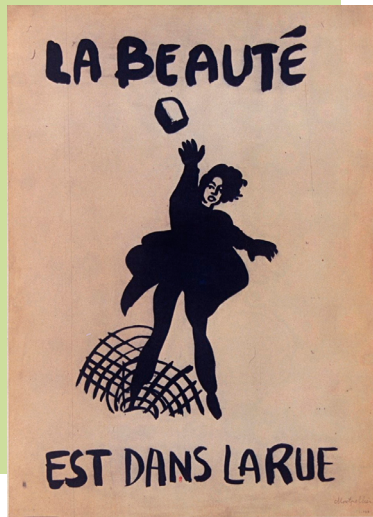


AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Lernen aus der
Geschichte



STIFTUNG ORTE DER DEUTSCHEN
DEMOKRATIEGESCHICHTE



Plakat „La Beauté est dans la rue“ [Die Schönheit ist auf der Straße zu finden]. Montpellier, Mai 1968. Quelle: gallica.bnf.fr / BnF.

IM GESPRÄCH

Straße als Ort der Demokratie? Straßenproteste, Medien und Gewalt in historischer Perspektive – im Gespräch mit Nicolai Hannig

11

ZUR DISKUSSION

Die Arbeiterbewegung und die Straße als Terrain der Demokratisierung

17

IM GESPRÄCH

Wem gehört die Straße? Die Geschichte des Protests gegen die autogerechte Stadt. Ein Gespräch mit Harald Engler

24

ZUR DISKUSSION

Umbenennung von Straßen – historischer Exorzismus? Das Freiburger Modell

30

Die Straße als Protestraum im Wandel mediatisierter Öffentlichkeiten?

38

Wehrhafte Demokratie und politische Kultur

46

INHALT

— **EMPFEHLUNG AUSSTELLUNGEN**

umbenennen?! Ausstellungen zu Berlins Straßennamen
in Geschichte und Gegenwart 57

Orte des Erinnerns – Auseinandersetzung mit der
historischen Realität einer Nachbarschaft 61

EMPFEHLUNG FILM

Straßenbilder der Weimarer Republik:
Verführung, Lähmung und Hoffnung im Film 65

Liebe Leser*innen,

die Straße wurde immer schon als Raum genutzt, um Interessen und Kritik öffentlich auszuhandeln. Demonstrationen, Proteste, Flashmobs oder Gedenkveranstaltungen machen die Straße nicht nur zu einer Bühne, sondern auch zu einem „Trainingsgelände der Demokratie“ (Robert Kaltenbrunner, 2017).

Straßen spiegeln darüber hinaus gesellschaftliche Vorstellungen und Veränderungen, da ihre Namen nicht nur räumliche, sondern auch kulturelle Orientierung anbieten. Sie erinnern an Personen, die in vergangenen Jahrzehnten als Vorbilder galten. Aktuelle Diskussionen über Umbenennungen wie die eines Teils der Manteuffelstraße in Audre-Lorde-Straße in Berlin 2023 zeigen neue gesellschaftliche Vorstellungen. Digitale Medien erleichtern die Organisation und Teilnahme an Protesten, die erst im öffentlichen Raum an Wirkung gewinnen, etwa während der Proteste gegen Stuttgart 21, den Demonstrationen während der Pandemie oder den Aktionen der Klimaaktivist*innen der „Letzten Generation“.

Mit dieser LaG-Ausgabe richten wir den Blick auf die Straße als Ort demokratischer Aushandlungsprozesse. Wir spannen einen historischen Bogen vom 19. Jahrhundert bis heute, von Demonstrationen der Arbeiterbewegung bis zu Bürgerinitiativen und beleuchten dabei auch die zentrale Rolle von Medien.

Nicolai Hannig skizziert im Gespräch die Entwicklung von Straßengewalt, Protest und Medien von 1848 bis in die 1970er Jahre.

Holger Czitrich-Stahl zeigt in seinem Beitrag, wie die Arbeiterbewegung den öffentlichen Raum nach und nach als Ort der politischen Auseinandersetzung eroberte.

Harald Engler berichtet im Interview über die Proteste in der Bundesrepublik und der DDR gegen den Ausbau der autogerechten Stadt ab den 1960er Jahren.

Bernd Martin beschreibt die Diskussion um Straßenumbenennungen in Freiburg und erörtert zentrale Kriterien bei Umbenennungen.

Kathrin Fahlenbrach zeichnet nach, welche Auswirkungen der mediale Wandel auf die Straße als Protestraum entfaltete und wie sich Protest und Medien gegenseitig beeinflussten.

Alexander Hensel und *Greta Jasser* erläutern ausgehend von öffentlichen Protesten gegen Rechtsextremismus Anfang 2024 Theorie und Praxis einer wehrhaften Demokratie.

Kaspar Nürnberg erläutert das Konzept der Ausstellung „(um)benennen?!“, die ab Frühjahr 2025 die Straßenumbenennungen in Berlin und die damit verbundenen Diskussionen beleuchtet.

Stephanie Beetz veranschaulicht anhand der Geschichte des Berliner Freilichtdenkmals „Orte des Erinnerns“, wie im öffentlichen Raum an die Diskriminierung und Verfolgung von Juden in der NS-Zeit erinnert werden kann.

Sabrina Pfefferle zeigt, wie Filme der Weimarer Republik die Straße als Schauplatz privater und politischer Kämpfe darstellten und inwiefern diese Filme als Spiegel der Weimarer Gesellschaft gelesen werden können.

Wir bedanken uns bei der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte, die diese Ausgabe zur Straße als Ort demokratischer Aushandlungsprozesse förderte. Die nächste *LaG*-Ausgabe zum Thema des 18. März und der Revolution von 1848 erscheint im Februar 2025.

Sie entsteht ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte. Ziel der Stiftung ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, was sich in Projektförderungen und eigenen Veranstaltungen zu diesem Thema niederschlägt. Wir hoffen, mit diesem Themenheft zu zeigen, wie unterschiedlich und vielfältig Straßen immer wieder als Orte des Protests und politische Bühne genutzt werden, um verschiedene Interessen deutlich zu machen und auszuhandeln.

Die vorliegende Ausgabe wurde von Daniel Hadwiger betreut, der durch mehrere vorhergehende wissenschaftliche Projekte über Expertise zur Stadtgeschichte verfügt und sie bei der Herausgabe dieses Magazins mit einbrachte. Katharina Trittel, die das Magazin in den letzten beiden Jahren betreut hat, danken wir herzlich für ihre Fachkompetenz und ihr außerordentliches Engagement.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, frohe Festtage und alles Gute im neuen Jahr!

Ihre

LaG-Redaktion

Vorwort

Die Straße als Ort der Demokratiegeschichte

Liebe Leserinnen und Leser,

die Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte begrüßt Sie sehr herzlich zur Dezemberausgabe des *LaG*-Magazins, dass die Straße als Aushandlungs- und Gestaltungsort demokratischer Werte und Traditionen in den Blick nimmt. Die Straße ist nicht nur ein physischer Raum. Sie ist ein symbolträchtiger Schauplatz von Freiheit und Ohnmacht, von Protest und Repression. Sie ist ein Ort der gelebten Grundrechte, an dem Meinungs- und Versammlungsfreiheit sicht- und hörbar werden. Seit Jahrhunderten wird auf Straßen Geschichte geschrieben: von den revolutionären Idealen der Französischen Revolution, die auch in Deutschland Widerhall fanden, bis zur friedlichen Revolution von 1989, die das Ende der DDR und die Vereinigung brachte. Doch Straßen waren auch Orte staatlicher Gewalt und Unterdrückung – Orte, an denen aufkeimende Hoffnungen brutal erstickt wurden, wie im Vormärz und während der Revolution von 1848/49.

Die Frage, wie Straßen in unserer Demokratie genutzt und gestaltet werden, ist auch heute aktuell. Ist die Protestfreiheit in Deutschland gefährdet? Was bedeutet es, wenn Klimaaktivistinnen und -aktivisten als „Straftäter“ aufgrund ihrer Klebaktionen diffamiert oder gar in Präventivhaft genommen werden und andererseits den Straßensperrungen im Zuge der Bauernproteste im Dezember 2023 mit Verständnis begegnet wird? Wie lässt sich Protest von Hass und Gewalt abgrenzen, etwa bei Demonstrationen, die als antisemitisch wahrgenommen werden? Und wie gehen wir als Demokratie mit diesen Herausforderungen um, ohne in

die Muster autoritärer Systeme wie im Iran oder Russland zu verfallen?

EIN BLICK IN DIE VERGANGENHEIT

Der Kampf um demokratische Rechte ist seit jeher eng mit der Straße verbunden, sie war stets ein wichtiger Ort des demokratischen Diskurses. Im Vormärz wurde sie zum Raum revolutionärer Forderungen – einer neuen Verfassung, politischer Teilhabe, der Pressefreiheit. Während der Revolution von 1848/49 wurden Straßen zu Barrikaden und machte sie zum Symbol der Hoffnung, aber auch der Niederlage: Als die Hoffnungen der Revolutionärinnen und Revolutionäre durch die Konterrevolution zerschlagen waren, wurde klar, dass Demokratie kein Selbstläufer ist.

In der Kaiserzeit eroberten vor allem die Arbeiterbewegungen die Straßen, um politische Gleichheit einzufordern. Ihr Kampf für ein demokratisches Wahlrecht prägte die Auseinandersetzungen im Deutschen Kaiserreich und legte den Grundstein für die Weimarer Republik.

Doch auch die Weimarer Zeit war von einem Spannungsverhältnis geprägt: Straßenproteste waren allgegenwärtig, wurden aber oft von staatlicher Gewalt begleitet, wie beispielsweise im sogenannten „Blutmai“ von 1929. Der Kampf um die Straße spiegelt die politische Fragilität jener Zeit.

In einer beispiellosen Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger der DDR wurde die Straße 1989 erneut zum Ort eines demokratischen Aufbruchs – diesmal erfolgreich. Bürgerinnen und Bürger nahmen sich das Recht zur Versammlung auf öffentlichen Plätzen und Straßen und leiteten damit den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem und für die deutsche Einheit ein. Die Friedliche Revolution zeigte, dass Protest nicht nur ein Recht, sondern auch eine transformative Kraft ist.

EINBLICKE IN DIE AKTUELLE AUSGABE

Vor diesem Panorama möchte die *LaG*-Ausgabe Beispiele für die Straße als demokratischen Aushandlungsort des demokratischen Diskurses aus unterschiedlichen Zeitabschnitten zusammenführen, um zu verdeutlichen, wann die Straße von wem, mit welchem Ziel und Erfolg genutzt wurde, um Anliegen der Demokratie und Widerstände gegen sie zu verhandeln. Der historische Bogen wird breit gespannt: von den sozialdemokratischen Großdemonstrationen Anfang des 20. Jahrhunderts für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, über die Militanz am Übergang der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus, durch das geteilte Deutschland bis in die bundesrepublikanische Gegenwart. Streiterinnen und Streiter für demokratische Anliegen sollen ebenso vorgestellt werden wie ihre Gegnerinnen und Gegner und staatliche Reaktionen.

DEMOKRATIE BRAUCHT DIE STRASSE

Die Geschichte der Demokratie in Deutschland zeigt, dass die Straße ein Ort des Aushandelns ist – ein Ort, an dem Freiheit erkämpft, aber auch bedroht wird. Sie ist kein neutraler Raum, sondern spiegelt die Kräfteverhältnisse ihrer Zeit wider. Als Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte sehen wir es als unsere Aufgabe, daran zu erinnern, dass Demokratie niemals selbstverständlich ist. Sie lebt davon, dass Menschen für demokratische Werte und Rechte eintreten – auch und gerade auf der Straße. Wir freuen uns daher besonders, diese Ausgabe des *LaG*-Magazins zu fördern.

Mit dieser Ausgabe lädt das *LaG*-Magazin dazu ein, die Straße in ihrer ganzen Ambivalenz zu betrachten: als Ort des Widerstands, des Aufbruchs, aber auch der Unterdrückung. Lassen Sie uns gemeinsam lernen, wie wir Protest und Demokratie stärken können – für eine Gesellschaft, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die trans-

formative Kraft des Protests nicht nur schützt, sondern als unverzichtbare Bestandteile ihres Wesens begreift.

Ihr

David Barth

Projektförderreferent

Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte

Straße als Ort der Demokratie? Straßenproteste, Medien und Gewalt in historischer Perspektive – im Gespräch mit Nicolai Hannig

Gesprächspartner:in



Nicolai Hannig ist Professor für Neuere Geschichte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Umwelt- und Stadtgeschichte, Historische Risikoforschung und Gewaltgeschichte seit 1800. Zuletzt veröffentlichte er 2023 den Sammelband „Deutsche Filmgeschichten. Historische Porträts“.

LaG: Lieber Herr Hannig, die Straße ist seit Jahrhunderten ein wichtiger Raum des Protests. Wir wollen uns einen Überblick verschaffen, wie sich Straßenproteste, Medien und Gewalt in den letzten 200 Jahren entwickelt haben und sich gegenseitig beeinflussten. Für welche Ziele gingen und gehen Menschen auf die Straße?

Nicolai Hannig: Hinter den einzelnen historischen Protestereignissen verbargen sich schon immer sehr unterschiedliche Ziele. Aber es lassen sich auch Gemeinsamkeiten feststellen. Im 19. Jahrhundert haben wir auf der einen Seite eine große Gruppe an Protestakteuren, die zum Beispiel in den Jahren um 1848 für die nationale Einigung und für mehr politische Partizipation auf die Straße gegangen sind. Gleichzeitig können wir auch klassische Formen des Subsistenzprotestes, zum Beispiel Hungerproteste beobachten, die in der Regel um ganz konkrete Notsituationen kreisten, in denen es aber häufig auch um politische Teilhabe ging.

LaG: Ich greife mal die Subsistenzproteste heraus. Was waren da typische Auslöser und wie verliefen solche Proteste auf der Straße?



Horace Vernet: Barrikade in der Rue Soufflot, Paris, 25. Juni 1848, © Wikimedia Commons.

Nicolai Hannig: Es sind existenzielle Nöte, die die Menschen auf die Straße bringen, wenn das, was sie zum alltäglichen Leben brauchen, für sie zu teuer geworden ist. Das können erhöhte Preise für Nahrungsmittel sein oder Mietkosten. Gezielt werden die Verantwortlichen angesprochen, etwa die Vermieter bei den Mieter*innen-Protesten 1911

in Wien, Bäcker oder Müller, vor deren Häusern man öffentlich protestiert. Proteste benötigen konkrete Ziele. Häufig haben sie auch Zielscheiben, Personen, Gebäude oder Objekte, denen man öffentlich seinen Protest zeigt. Das ist bis heute ein häufig wiederkehrendes Element des Protests.

LaG: Wie wurde denn der Straßenraum selbst als Protestraum umgestaltet?

Nicolai Hannig: Die Barrikade ist ein Paradebeispiel dafür, wie Protestakteure den städtischen Raum aktiv und bewusst umgestalten. Die Barrikade diente schon im 19. Jahrhundert bei Protesten zunächst einmal dazu, eine bessere Position im Straßenkampf zu haben – in der Auseinandersetzung mit Regierungstruppen zum Beispiel.

Man darf sich dies nicht als vereinzelte Blockade vorstellen, es sind vielmehr Hunderte von Barrikaden, die gleichzeitig im städtischen Raum angelegt werden, den Verkehr lahmlegen, Nachschubwege versperren und Nachteile von Protestakteuren im Straßenkampf ausgleichen.

Die Barrikade erfüllte darüber hinaus eine starke symbolische Funktion. Die Barrikade, die mit dem Material gebaut wurde, das in den Straßen zur Verfügung stand, war

»Die Barrikade erfüllte darüber hinaus eine starke symbolische Funktion.«

öffentlich sichtbar und wurde relativ schnell zum Gegenstand der Malerei. Zahlreiche Karikaturisten brachten unzählige Barrikadenbilder in Umlauf. Dadurch entfaltete sich eine zweite Ebene: eine mediale Ebene, auf der die Barrikade zum Symbol der Auflehnung gegen die Obrigkeit wurde.

LaG: Kann man in der Folge von einer zunehmend gewaltfreien Moderne sprechen, in der sich Straßenproteste immer mehr professionalisierten und Proteste gewaltloser und geplanter umgesetzt wurden?

Nicolai Hannig: Das ist eine sehr berühmte These, die stark mit der allgemeinen Modernisierungsthese in Verbindung steht. Dahinter verbirgt sich die Wunschvorstellung einer durch Modernisierung immer gewaltfreieren Moderne. Es gibt tatsächlich Tendenzen, die dafür sprechen. In der Geschichte der Arbeiterbewegung kanalisiert sich Subsistenzkrisen etwa in Gewerkschafts- und Parteigründungen. Gewisse Krisen mögen sich auch mit der Einrichtung von Sozialversicherungen abgemildert haben.

Das heißt aber noch lange nicht, dass sich das Gewaltpotenzial, das Protest immer in sich trug, einfach aufgelöst hat. Ganz im Gegenteil. Es gibt auch bis weit ins 20. Jahrhundert erbitterte Straßenkämpfe, etwa nach dem Ersten Weltkrieg oder vor der Machteroberung der Nationalsozialisten. Diese Straßenkämpfe waren ein Zeichen dafür, dass sich politische Polarisierungen herausgebildet haben, die zu erbitterten, ungemein blutigen Auseinandersetzungen geführt haben. Hier kämpfte man auf der Straße um die zukünftige Regierungsverantwortung.

Auch wenn wir in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gehen, gibt es genügend Beispiele gewalttätiger Straßenproteste, etwa die Zusammenstöße in Paris 1961 zwischen algerischen Protestierenden und der französischen Polizei im Zusammenhang mit der fortschreitenden Dekolonisation. Diese gewalttätigen Proteste in europäischen Städten widerlegen die These einer vermeintlich gewaltfreien Moderne deutlich.

»Diese gewalttätigen Proteste in europäischen Städten widerlegen die These einer vermeintlich gewaltfreien Moderne deutlich.«

LaG: Welche Rolle spielten dabei Medien und wie beeinflussten diese den Verlauf von Straßenprotesten?

Nicolai Hannig: Es gibt meiner Meinung nach eine ganz enge Verbindung zwischen Medien, Protest und Gewalt. Medien haben nicht nur die Funktion eines Verstärkers, sondern Medien selbst werden zu einem festen Bestandteil von Protestgewalt. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sich Protestpraktiken verändern, indem bestimmte Strategien gewählt werden, um Proteste möglichst medienaffin zu gestalten.

Man setzte stärker auf Choreografien und auf ritualisierte oder traditionelle Protestpraktiken. Schon Ende des 19. Jahrhunderts lebten frühneuzeitliche Rügebräuche wieder auf, also an einen Brauch gebundene inoffizielle Maßnahmen, mit denen Gruppen oder das Verhalten einzelner bestraft wurden, etwa in Form von Katzenmusiken bzw. Charivaris.

Meine These wäre: Diese Rituale werden auch deswegen wiederbelebt, weil sie sich sehr gut inszenieren lassen und medialen Aufmerksamkeitskriterien entsprachen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete sich die moderne Massenpresse heraus und entwickelte für sich relevante Aufmerksamkeitskriterien. Und genau in dieser Zeit ist zu beobachten, wie sich Protestpraktiken daran anpassen. Proteste wurden etwas weniger gewalttätig, dafür aber sehr viel performativer. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Proteste weiterhin stark mediatisiert. Die Möglichkeit, ständig zu fotografieren oder zu filmen, veränderte das Protestgeschehen. Die Präsenz von Medien prägte den Protest und war unmittelbar in den Protestereignissen spürbar.

»Diese Rituale werden auch deswegen wiederbelebt, weil sie sich sehr gut inszenieren lassen und medialen Aufmerksamkeitskriterien entsprachen.«

LaG: Welchen Einfluss hatte die Präsenz von Medien, etwa von Kameras, bei Protesten?

Nicolai Hannig: Medien beeinflussen, gerade wenn es um Protest und Protestgewalt geht, das Verhalten vor Ort stark. Ich würde daher nicht nur auf das schauen, was durch die Medien an Text oder an Bildmaterial produziert und dann

verbreitet wird. Vielmehr sollte die materielle Präsenz von Medien in diesen Protestereignissen stärker berücksichtigt werden. Was macht es mit Protestbeteiligten, wenn Foto- oder Videokameras ständig präsent sind? Das betrifft nicht nur Apparate von Journalist*innen, sondern auch die Geräte der Polizei, von Sicherheitskräften oder der Protestierenden selbst.

So können Kameras einen Verstärkungseffekt haben, wenn Protestierende, etwa bei den 1968er-Protesten, zunächst weniger aufrührerisch durch die Straßen schlenderten und erst laut zu protestieren anfangen, als eine Kamera in der Nähe war.

Zugleich sorgen Kameras dafür, dass die Anonymität bei Protesten gestört und aufgehoben wird. Hier kann man tatsächlich mit der Einführung von Kameras bei Protesten von einer Art Zäsur sprechen, weil sich Proteste nun anders gestalteten. Das konnte dazu führen, dass Polizisten teilweise ihre Kamera als eine Art Waffe verwendeten, weil sie bemerkten, dass sie mit ihr Gewaltpotenziale zerstreuen konnten. Auf der anderen Seite kann man ebenso beobachten, dass auch Protestakteure selbst dazu übergehen, mit Kameras zu operieren. So ergibt sich eine Art Kamerakampf zwischen Polizei und Protestierenden. Manche Protestakteure verummern sich vor einer Kamera, andere filmen gezielt Polizist*innen. Dadurch kommt noch einmal eine ganz neue, eigene Dynamik ins Spiel.

Ebenso ist nicht zu vergessen, dass unsere Sicht auf Protestereignisse meist die Polizeisicht ist, von hinten auf das Gesamtereignis. Selten hat man die Sicht eines Protestierenden, da oftmals Journalist*innen die Proteste aus einer Perspektive hinter der Polizei filmten, weil ihnen andere Positionen nicht erlaubt waren.

LaG: Spielten Medien eine wichtige Rolle für die Demokratiegeschichte, etwa indem sie bei Straßenprotesten auf Belange von Bevölkerungsgruppen aufmerksam machten, die ansonsten ungehört geblieben wären?

Nicolai Hannig: Teilweise stimme ich zu, dass Medien in diesem Zusammenhang eine verstärkende oder stärkende Funktion für die Demokratie haben. Die Medienfreiheit und Abschaffung von Zensur spielten dabei eine ebenso

wichtige Rolle, was übrigens häufig auch zu den Protestzielen zählte. Ich denke aber, dass die Rolle der Medien eben nicht in einer simplen Verstärkerfunktion aufgeht. Vielmehr sind die Medien selbst zum Bestandteil von Protest geworden und es wird von vornherein mit ihnen geplant. Manche Protestformen würden ohne Medien überhaupt nicht funktionieren.

»Vielmehr sind die Medien selbst zum Bestandteil von Protest geworden und es wird von vornherein mit ihnen geplant.«

Die Arbeiterbewegung und die Straße als Terrain der Demokratisierung

Holger Czitrich-Stahl

DER BEGINN: DIE STRASSE ALS ORT STAATLICHER REPRESSION

Straßendemonstrationen standen keineswegs am Beginn des Aufstiegs der deutschen Arbeiterbewegung nach 1848. Die mehr als 200 Toten der Barrikadenkämpfe des 18. März 1848 in Berlin schwebten wie ein Damoklesschwert über der nach 1863 stetig anwachsenden organisierten Arbeiterschaft. 1863 gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), geführt von Ferdinand Lassalle (1825–1864). Ihm folgte 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), an deren Spitze August Bebel (1840–1913) und Wilhelm Liebknecht (1826–1900) standen. Nach deren Zusammenschluss zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) im Mai 1875 in Gotha reagierte der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat bereits im Oktober 1878 mit Repression durch das „Sozialistengesetz“, das bis zum 30.9.1890 Gültigkeit behielt. Lediglich während der Periode der Reichstagswahlen konnte die Sozialdemokratie legal an die Öffentlichkeit treten. Unter dieser staatlichen Unterdrückung bildete sich eine Gegenkultur heraus, durch die sich die Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Gesellschaft abschottete. Gleichzeitig sollten offene und gewaltsame Konflikte vermieden werden; so mahnten die nach der Verhängung des „Kleinen Belagerungszustands“ am 23.11.1878 aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten: „An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zu Grunde gehen.“ (Bernstein 1907: 27). Die eigene Gesetzestreue sollte die Obrigkeit zum Gesetzesbruch zwingen, um sie anzuklagen.

»Unter dieser staatlichen Unterdrückung bildete sich eine Gegenkultur heraus, durch die sich die Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Gesellschaft abschottete.«

Nach 1890, als die nun wieder legale SAPD sich in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannt hatte, blieb diese Zurückhaltung in Bezug auf Straßendemonstrationen bestehen. Stattdessen versammelten die Abgeordneten und Repräsentanten der Partei ihre Anhängerschaft auf großen „Volksversammlungen“ in Lokalen von oft beachtlichem Ausmaß. Diese Praxis einer Versammlungsdemokratie, durchaus nach antikem Vorbild, schuf ein starkes Band zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und ihren politischen Vertretern der Arbeiterpartei SPD. Es war keine Seltenheit, wenn etwa den Versammlungen von Arthur Stadthagen (Niederbarnim) oder Georg Ledebour (Berlin VI) zwischen 1.000 und 3.000 Menschen beiwohnten. Bebel und Liebknecht galten als Volkstribunen der Arbeiterschaft. Im Arbeiterlied „Sozialisten auf der Reis“ (1896) hieß es in der siebten Strophe: „Und der Wirt in Seelenqual schreit: Das schadet meinem Saal!“ (Volksliederarchiv: 1896). Aus der Not wurde eine Tugend: Funktionäre wie der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert oder der Charlottenburger Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil wurden zu Gaststättenpächtern und ermöglichten der Partei reguläre Zusammenkünfte. Doch mit dem schier unaufhaltsamen Aufstieg der SPD als Wahlpartei wuchs auch die Bereitschaft zu neuen Aktionsformen (Hohorst 1978: 173–176).

DER STARTSCHUSS: RUSSISCHE REVOLUTION 1905 UND DIE „MASSENSTREIKDEBATTE“ IN DER SPD

Den wichtigsten Impuls zur Erweiterung des Aktionsraumes der Arbeiterbewegung auf die Straße lieferte die russische bürgerliche Revolution. Nach dem Petersburger „Blutsonntag“ vom 9.1.1905, als bei einer Großdemonstration 140.000 bis 150.000 Menschen protestierten, ließ der Zar auf die Demonstrierenden schießen. Rund 1.000 Tote waren zu beklagen. Dennoch kam es zu zeitweiligen Reformmaßnahmen, so dass das prinzipielle Erfolgspotenzial von großen Straßendemonstrationen auch in der deutschen Sozialdemokratie diskutiert wurde. Die „Massenstreikdebatte“ nahm an Fahrt auf. Versuche des linken Parteiflügels um Rosa Luxemburg, Arthur Stadthagen, Clara Zetkin und Georg Ledebour, den politischen Massenstreik als offensives Kampfmittel der Arbeiterbewegung durchzusetzen, scheiterten jedoch am Widerstand der Parteiführung um Bebel und an den Gewerkschaften. Dennoch beschloss

der Parteitag in Jena im September 1905 eine Resolution, in welcher der Massenstreik als wirksames Kampfmittel zur Abwehr von Wahlrechtsverschlechterungen und weiteren schweren Angriffen auf die Rechte der Arbeiterschaft anerkannt wurde (Czitrich-Stahl 2024: 256–263). Da besonders der gemäßigte (revisionistische) Parteiflügel um Eduard Bernstein und Ludwig Frank den Massenstreik mit dem Kampf um ein demokratisiertes Wahlrecht kombinierte, kam es in den Jahren zwischen 1906 und 1913 zu mehreren Kampagnen, in denen Straßendemonstrationen ein Hauptmobilisierungsmittel darstellten. Sie wurden so zur wichtigen politischen Kampfform der Arbeiterbewegung, wie an den nachfolgenden Beispielen erläutert werden soll.

»Sie wurden so zur wichtigen politischen Kampfform der Arbeiterbewegung.«

HINAUS AUF DIE STRASSEN: FÜR EIN DEMOKRATISCHES WAHLRECHT IN PREUSSEN

Ein Jahr nach der Revolution in Russland rief die internationale Sozialdemokratie zu Solidaritätskundgebungen auf. Am 21.1.1906, dem „Roten Sonntag“, trafen sich die Sozialdemokratinnen und -demokraten Groß-Berlins zu mehreren Zehntausenden auf Dutzenden von Solidaritätskundgebungen, die allesamt friedlich verliefen. Zusätzlich zu einer Solidaritätsbekundung mit den russischen Arbeitern hatten zuvor alle Versammlungen eine Resolution gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht beschlossen, die dem Landtag als Petition übergeben werden sollte. Straßenumzüge unterblieben allerdings zunächst, weil sich am 17.1.1906 die bewaffnete Staatsmacht in Hamburg heftige und handgreifliche Auseinandersetzungen mit den Wahlrechtsdemonstranten geliefert hatte, die sich nicht wiederholen sollten. So wurde gesteigerter Wert auf diszipliniertes Verhalten gelegt. Dies galt fortan als Prinzip. Wie diszipliniert die Anhängerschaft der Sozialdemokraten sich eingedenk der preußischen Drohkulisse zu verhalten wusste, beschrieb der *Vorwärts* während der Wahlrechtskampagne 1910, als er über die Aussage eines Polizeiwachtmeisters in einem Prozess gegen Demonstrierende berichtete: „Das war eine Ordnung – eine militärische Abteilung konnte überhaupt nicht besser marschieren“. Weiter hieß es: „Von den militärischen Sachverständigen aber, den auf der Zeugenbank sitzenden Gendarmen, machten die meisten zu

dieser eidlich abgegebenen Bemerkung – ein ernstes Gesicht“ (Vorwärts 1910: 2).

Doch stieg in der organisierten Arbeiterbewegung kontinuierlich die Bereitschaft, die Straßen als Stätten basisdemokratischer Artikulation zu nutzen. Die Weigerung der Regierung Preußens, einem Antrag der liberalen „Freisinnigen“ gemäß, das Reichstagswahlrecht (gleiches Männerwahlrecht) auf Preußen zu übertragen, brachte die Sozialdemokratie in die Spur: Am 12.1.1908 gingen etwa 100.000 Menschen in Berlin gegen das Dreiklassenwahlrecht auf die Straße. Die Polizei ritt mit gezogenem Säbel gegen die Demonstrierenden aus. Die Massenaufmärsche folgten auf Kundgebungen der Sozialdemokratie, die um 12 Uhr mittags begannen und gegen 14 Uhr beendet waren. Das Viertel um das Berliner Schloss glich einem „Kriegslager“. Etwa gegen 16 Uhr hatte die Polizei die Demonstrationen mithilfe von Waffengebrauch aufgelöst (Czitrich-Stahl 2018: 162f.). Zwar brachten die Protestaktionen auf der Straße das Dreiklassenwahlrecht in Preußen nicht zu Fall. Diese stärkten jedoch bei den Landtagswahlen, an denen die SPD zum zweiten Mal nach 1903 überhaupt teilnahm, die Partei insgesamt: Sie wuchs auf 23,9 % der Stimmen an und wurde stimmenstärkste Partei. Jedoch versagte ihr das indirekte Dreiklassenwahlrecht mehr als sieben Sitze. Es sollte erst 1918 durch die Novemberrevolution abgeschafft werden.

»Doch stieg in der organisierten Arbeiterbewegung kontinuierlich die Bereitschaft, die Straßen als Stätten basisdemokratischer Artikulation zu nutzen.«

Von ihrem Erfolg ermutigt, führte die SPD 1910 eine erneute Massenkampagne „gegen das elendste aller Wahlsysteme“ in Preußen unter dem Motto des „Wahlrechtssturms“ durch. Sie initiierte am 13.2.1910 in ganz Preußen Massenversammlungen, meist zusammen mit Wahlrechtsdemonstrationen. Frauen, die weder das Wahlrecht besaßen noch überhaupt rechtlich gleichgestellt waren, nahmen an den Demonstrationen teil, wenngleich unterrepräsentiert. Allein in Groß-Berlin fanden 42 Wahlrechtsveranstaltungen statt. Nachdem die Polizei eine Großkundgebung im Trepower Park untersagt hatte, orientierte die SPD unter der Hand ihre Anhänger in Richtung Tiergarten, wo schließlich etwa 150.000 Menschen zu einer machtvollen Kundgebung der Arbeiterbewegung zusammentrafen (Weipert 2013: 103f.). Am 6.3.1910 schließlich organisierte die Sozialde-

mokratie Groß-Berlins den Kampagnenhöhepunkt ihrer Wahlrechtsbewegung. Dabei kamen im Tiergarten rund eine Viertelmillion Menschen zusammen. Die Polizei ging konfrontativ gegen die Demonstrierenden vor, so wurde etwa der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen durch einen Säbelhieb leicht verletzt (Czitrich-Stahl 2018: 165). Doch erbrachte weder diese Kampagne noch die bis 1913 folgenden eine Ablösung des Dreiklassenwahlrechts. Erst durch die großen Straßendemonstrationen am 9.11.1918, als eine halbe Million Menschen aus allen Richtungen von Berlin und Umgebung zum Reichstagsgebäude heranströmte, und in der Novemberrevolution Zeuge der Abdankung der Monarchie und der Ausrufung der Republik wurde, erkämpfte sich das arbeitende Volk das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen.

»Erst durch die großen Straßendemonstrationen am 9.11.1918 [...] erkämpfte sich das arbeitende Volk das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen.«

DEMONSTRATIONSKULTUR UND ARBEITERBEWEGUNG: IM „SONNTAGSSTAAT“ UND VOLLER SELBSTBEWUSSTSEIN


Doch wie wurde eigentlich demonstriert? Die Prinzipien der Disziplin, der Solidarität und des proletarischen Selbstbewusstseins bestimmten die Choreografie einer Straßendemonstration. Die beinahe militärische Disziplin bei Demonstrationen kam nicht von ungefähr, sondern rührte von der allgemeinen Wehrpflicht im Reich. Aber auch die Notwendigkeit eines gemeinsamen Tempos spielte eine Rolle, genauso wie Einhaltung der durch den Verkehr bestimmten Regeln, damit niemand beispielsweise durch eine Straßenbahn zu Schaden kam.


Auffällig bei den meisten Demonstrationen war die Kleidung der Demonstrierenden. Nicht die Arbeitskleidung dominierte das Bild, sondern der „Sonntagsstaat“ mit Anzug und Hut beziehungsweise Zylinder. Als „Pöbel“ verstanden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter wahrhaftig nicht. Frauen trugen meistens lange Röcke und oft einen Hut. Auch Kinder wurden mitgenommen. Nicht selten standen sich Polizei und Demonstrationsspitzen direkt gegenüber. Doch, wie Fotos aus jener Zeit wiedergeben, ließen sich die demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter nicht


länger einschüchtern. Eine solche Situation wirkte sicher als Quelle sowohl für Solidarität als auch für proletarisches Selbstbewusstsein. Das gemeinsame Singen von Arbeiterliedern durfte nicht fehlen und stiftete Gemeinschaftsgefühl nach dem Motto „Mit uns zieht die neue Zeit“ (Ludwig-Uhland-Institut 1986).


Straßendemonstrationen trugen dazu bei, dass die „kleinen Leute“ sich durch organisatorische Stärke und die Kraft der Massen, begleitet vom Glauben an den mit ihnen ziehenden Fortschritt, den Herrschenden ebenbürtig zu fühlen lernten. Die Straße war nun nicht länger ein demokratiefreier Raum.


LITERATUR

 Bernstein, Eduard: Abschiedsflugblatt der Berliner Ausgewiesenen, November 1878, in: ders., Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1907.

 Czitrich-Stahl, Holger: Der Oppositionelle. Georg Ledebour (1850–1947). Linksliberaler – Sozialdemokrat – Linkssozialist, Berlin 2024.


 Czitrich-Stahl, Holger: Preußische Wahlrechtskämpfe vor dem Ersten Weltkrieg. Das Dreiklassensystem als Gegenstand öffentlichen Protestes, in: Detlef Lehnert (Hrsg.): Wahl- und Stimmrechtskonflikte in Europa. Ursprünge – Neugestaltungen – Problemfelder, Berlin 2018, S. 149–166.

 Hohorst, Gerd/Kocka, Jürgen/Ritter, Gerhard (Hrsg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, Bd. 2, München²1978.

 Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaften (Hrsg.): Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstration“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910. Begleitband zur Ausstellung im Haspelturm des Tübinger Schlosses vom 24. Januar bis 9. März 1986, Tübingen 1986.

 o. A.: Ordnungsrettung in Weißensee, in: Vorwärts, 14.5.1910, S. 2.

 Sozialisten auf der Reis' (1896), in: Volksliederarchiv, o.D., URL: <https://www.volksliederarchiv.de/sozialisten-auf-der-reis-auf-der-landpartie/> [26.8.2024].

 Weipert, Axel: Das rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934, Berlin 2013.

Autor:in



Dr. Holger Czitrich-Stahl, geb. 1960, arbeitete nach seinem Lehramtsstudium in Bielefeld als Lehrer in Berlin. Von März 1992 bis November 2023 unterrichtete er Geschichte, Politikwissenschaften und Geografie, 2014 promovierte er an der Fernuniversität Hagen im Fach Geschichte. Seit Oktober 2018 ist Holger Czitrich-Stahl Vorsitzender des „Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ in Berlin und seit Oktober 2020 Redakteur der Zeitschrift Arbeit – Bewegung – Geschichte. Seine Themenschwerpunkte sind die Geschichte der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und der Weimarer Republik, die Geschichte des deutschen Konservatismus im 20. und 21. Jahrhundert sowie die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Wem gehört die Straße? Die Geschichte des Protests gegen die autogerechte Stadt. Ein Gespräch mit Harald Engler

Gesprächspartner:in



Dr. Harald Engler ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichte und Archiv am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner. Seine Forschung konzentriert sich auf die europäische Stadt- und Urbanisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie die Planungs- und Baugeschichte der DDR. Zuletzt veröffentlichte er „Der Flughafen Tempelhof“ (2023) und trug zum Sammelband „Bauen und Planen im Nationalsozialismus“ (2023) bei.

LaG: Lieber Herr Engler, über den öffentlichen Straßenraum verhandelt immer schon verschiedene Interessent*innen: Stadt, Staat und Individuen, konkret Menschen, die Autofahren und andere, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Auch heute wird intensiv über den Ausbau vor allem städtischer Verkehrswege diskutiert. Lassen Sie uns einen Blick zurückwerfen auf die Entstehung der autogerechten Stadt und die Entwicklung der Proteste gegen die „Auto-Stadt“ in der Bundesrepublik und der DDR. Ab wann geriet die Utopie des Individualverkehrs und der autogerechten Stadt in die Kritik?

Harald Engler: Die autogerechte Stadt wird in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt, da entsteht etwa die Berliner Stadtautobahn relativ schnell mit riesigen Schneisen. Auch die Kritik beginnt erstaunlicherweise schon in den 1960er Jahren und nimmt dann in den 1970er Jahren zu. 1972 veröffentlichte Hans Dollinger, ein Münchner Publizist, das Buch *Die totale Autogesellschaft* und kritisierte damals bereits die Folgen und Auswüchse dieser Entwicklung. In München, Stuttgart, Bielefeld und später in West-Berlin

gründeten sich die ersten Bürgerinitiativen, die manchmal sehr punktuell gegen bestimmte Straßen kämpften.

Bis heute gibt es diese Kritik und die überwiegende Mehrheit der Stadtplaner ist der Meinung, dass eine autogerechte Stadt kein gutes Muster für eine urbane Entwicklung ist. Aber trotzdem steigen bis heute die Zahlen von Autozulassungen stetig an. Das heißt, die autogerechte Stadtplanung hat gar nicht aufgehört, sondern wird vielerorts trotz der Kritik fortgesetzt oder vielmehr weiter ausgebaut.

»Die überwiegende Mehrheit der Stadtplaner ist der Meinung, dass eine autogerechte Stadt kein gutes Muster für eine urbane Entwicklung ist.«

LaG: Was waren Gründe der Bürger*innen, gegen den Ausbau einer autogerechten Stadt zu protestieren?

Harald Engler: Es ging insgesamt um die Frage: Wie wird eigentlich der Stadtraum aufgeteilt? Raum ist immer eine beschränkte Ressource in der Stadt. Der erste Grund des Protests war die defizitäre Urbanität. Das Verhältnis von Grün- und Erholungsflächen, Wohnungsbebauung und Verkehrsflächen war nicht ausgeglichen. Zugleich nahm die Zahl der Autos und die Straßenflächen immer stärker zu.

Zweitens spielten Luftverschmutzung sowie Lärm, also Umweltfragen und Klimaschäden eine Rolle. Das war in den 1970er Jahren ein großes Problem, weil es kaum Katalysatoren gab und dies gerade an den Ausfallstraßen gravierende Gesundheitsprobleme verursachen konnte. Auch Grünräume wurden zerstört, indem man Grünflächen umgewidmet hat in Straßenraum. Drittens waren natürlich auch Unfalltote, früher ohne Sicherheitsgurt noch mehr, und aggressives Verhalten im Straßenraum ein Grund. Viertens lösten die hohen Kosten für den Straßenbau Kritik aus. Nicht zuletzt waren die vielen Staus ein Ärgernis. Es gibt Bilder aus den 1960er und 1970er Jahren, die zeigen, wie die Städte vor allem in den Geschäftszentren voller Staus waren, vor Weihnachten zum Beispiel.

LaG: Was war jeweils spezifisch am Protest gegen die autogerechte Stadt in der Bundesrepublik und der DDR?

Harald Engler: Für die Bundesrepublik und für West-Berlin kann man sagen, dass es deutlich bessere Rahmenbedingungen gab für Protest gegen die autogerechte Stadt. So konnte man einfach eine Bürgerinitiative gründen. Auch existierten in der Bundesrepublik viel bessere Mobilisierungsmöglichkeiten über Medien. Das Verwaltungsgerichtsverfahren bot die Möglichkeit, als Bürger oder als Bürgerinitiative vor Gericht zu gehen und Verwaltungs- und Planungsprozesse infrage zu stellen und zu stoppen. In der DDR konnte man zwar Eingaben schreiben, aber das war eher kleinteilig und nicht mit Öffentlichkeit verbunden. Auch die Vernetzung war bereits dadurch erschwert, dass nicht jeder ein Telefon hatte. Umso bemerkenswerter ist es, dass es in der DDR überhaupt Initiativen gab, weil es schwieriger war, sie zu gründen und mit mehr Sanktionen verbunden.

»Für die Bundesrepublik und für West-Berlin kann man sagen, dass es deutlich bessere Rahmenbedingungen gab für Protest gegen die autogerechte Stadt.«

LaG: Welche Akteure protestierten gegen die autogerechte Stadt in der DDR?

Harald Engler: Akteure des Protests waren zum Beispiel in der DDR das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg, geleitet von Hans-Peter Gensichen. Der organisierte eine Kampagne, vor allem mit Menschen aus der Kirche, die ziemlich erfolgreich war: *Mobil ohne Auto*, es gab auch einen Aufkleber mit dem Slogan. Diese Gruppe hat relativ früh in den 1980er Jahren dafür plädiert, sich ohne Auto fortzubewegen. In Ost-Berlin gab es die Umweltbibliothek im Keller des Gemeindehauses der Zionskirche und bei der evangelischen Stadtgemeinde eine Arbeitsgruppe Ökologie, die sich intensiv mit den autogerechten Stadtplanungsaktivitäten des Magistrats beschäftigt hat.

Erfolgreiche Einschränkungen beim Ausbau einer autogerechten Stadt in der DDR hatten jedoch andere Gründe: So scheiterte der Versuch, eine vierspurige Schnellstraße durch den jüdischen Friedhof in Weißensee zu bauen, an Protesten aus West-Berlin und dem Ausland. Und eine geplante Hochstraße um den Alexanderplatz wurde nicht errichtet, da es Probleme bei der internen Genehmigung durch die Verwaltung – die Bauplanungsbehörden und Bauakademie – gab.

LaG: Gab es Bürgerinitiativen in der DDR, die sich gegen die autogerechte Stadt richteten?

Harald Engler: Eine Erfahrung aus Erfurt zeigt, dass es auch in der DDR möglich war, mit Bürgerinitiativen etwas zu bewegen. In Erfurt wollte der Stadtrat in den 1980er Jahren eine große Schnellstraße durch das historische Andreasviertel bauen lassen. Erfurt sollte einen Ring erhalten, wo man schnell um den Stadtkern herumfahren könnte. Eine Bürgerinitiative, wieder unter dem Dach der Kirche, mit circa 60 bis 100 Mitgliedern, kritisierte dies. Sie zeigte in Kirchen eine Ausstellung unter dem Titel „Verkehrsgerechte Stadt – Stadtgerechter Verkehr“. Es gab sehr große Resonanz, es kamen mehr als 10.000 Besucher*innen. Das Interessante ist, dass die Stasi das natürlich überwachte, aber nicht eingegriffen hat.

Die Initiative hat es geschafft, dass die SED und die Planer der Stadt Erfurt sich auf Gespräche im Rathaus einlassen mussten. Es gab einen Planungs-Pavillon in der Nähe des Andreasviertels und immer am Sonntag Gespräche, wo man mit der Verwaltung ins Gespräch kam und verhandelt hat: Was wollen wir eigentlich, wir Bürger*innen? Und das ist natürlich etwas sehr Ungewöhnliches, weil eigentlich hat die SED sich so etwas nicht aus der Hand nehmen lassen. Hier war sie dazu gezwungen. Diese Schnellstraße ist auch nicht realisiert worden. Natürlich auch, weil die Wende kam, aber ebenfalls, weil eine Bürgerinitiative dies verhindert hat. Heute ist das Andreasviertel restauriert und eines der interessantesten und schönsten Viertel von Erfurt.

LaG: Prominent in West-Berlin war der Protest der Bürgerinitiative Westtangente. Was war hier der Anlass und welche Protestformen haben sie entwickelt?

Harald Engler: Anlass für die Gründung der Bürgerinitiative Westtangente war zunächst die Zerstörung eines Spielplatzes, einer Grünfläche, in der Cheruskerstraße in Schöneberg. Dort sollte die sogenannte Westtangente durchgeführt werden, eine Autobahn quer durch das Stadtzentrum, durch Steglitz, Schöneberg, Tiergarten, Moabit und Reinickendorf. Die Protestmaßnahmen der Bürgerinitiative gegen den Bau dieser Westtangente waren sehr zahlreich und sehr vielfältig.

Die Initiative hat zum Beispiel während der Berliner Bauwochen alternative Stadtrundfahrten angeboten: Sie hat einfach einen Bus zwischen die anderen Senatsbusse geschoben, welche die Baustellen abfuhren, und alternative Geschichten präsentiert. Da saßen dann aus Versehen auch Senatsvertreter drin und das hat natürlich für viel Aufregung gesorgt. Auch hat die Bürgerinitiative auf dem geplanten Autobahnkreuz ein Picknick veranstaltet oder Senatsveranstaltungen unterbrochen, mit Go-ins mit Pauken und Trompeten.

Darüber hinaus haben sie sich mit Veröffentlichungen zu Wort gemeldet, wie 1976 mit dem Buch *Stadtautobahnen.*

Ein Schwarzbuch zur Verkehrsplanung, und mit Plakaten zu Tempo 30-Zonen. Die Initiative war sehr gut vernetzt, mit anderen Initiativen in anderen Städten und schloss sich später im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. In der Demokratie muss eben immer ausgehandelt werden, und wenn man nicht sichtbar und hörbar wird, hat man auch keine Erfolge.

»In der Demokratie muss eben immer ausgehandelt werden, und wenn man nicht sichtbar und hörbar wird, hat man auch keine Erfolge.«

Bis heute mischt sich die Bürgerinitiative Westtangente im Übrigen in Planungen ein und ist weiterhin aktiv.

LaG: Was bewirkte die Bürgerinitiative Westtangente und wie prägte sie den Protest?

Harald Engler: Der Bürgerinitiative Westtangente ist es zunächst einmal gelungen, das über Stadtplanung breiter und kritisch reflektiert wurde, etwa auch, indem in den Medien darüber berichtet wurde.

Ein konkreter wichtiger Schritt zum Erfolg war, dass die Initiative Normenkontrollklagen einreichen konnte. Im Verwaltungsstaat ist es immer das beste Instrument bzw. der beste Weg, über Verwaltungsvorgänge Planungsvorgänge in Frage zu stellen. Das ist ihnen gelungen, denn die Richter haben in ihrem Urteil 1978, vier Jahre nach der Gründung der Initiative, Veränderungen bei der Planung der Westtangente gefordert. Entscheidender war aber, dass das Klima dann so weit gediehen war, dass der neue Senat unter Hans-Jochen Vogel 1981 auf die Westtangente verzichtet hat. Zwar ist der Tiergartentunnel, der 2006 fertig wurde,

noch ein Fragment der Westtangente, das realisiert wurde, aber die große Westtangente, wie sie geplant war, kam nicht. Daher ist dies ein Beispiel für eine Bürgerinitiative, die extrem erfolgreich war, auch durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit.

LaG: Waren solche Bürgerinitiativen Vorbild für neue Formen der Aushandlung um die Gestaltung des Straßenraums?

Harald Engler: Die Bürgerinitiativen waren schon ein Vorbild für viele andere Initiativen und zugleich ein typisches Beispiel für die Neuen Sozialen Bewegungen, die sich in dieser Zeit formierten. Es war auf jeden Fall ein Moment, in dem Menschen gemerkt haben, dass sie in ihrem Wohnumfeld durchaus etwas bewegen können, hier etwa im Bereich Verkehr. Auch in der DDR war das so – in kleinerem Maßstab. Ich denke, die Friedensbewegung und die Umweltbewegung in der DDR waren stärker, aber es gab eben auch im Verkehrsbereich einige Gruppen, die tätig wurden.

Man kann allerdings nicht sagen, dass es eine Erfolgsgeschichte von Bürgerbewegungen gibt, welche die Verkehrsplanung umfassend verändert haben. Es gibt vielmehr Teilenerfolge mit Höhepunkten in den 1970er und 1980er Jahren.

Aber wir können nicht von einer linearen Erfolgsgeschichte sprechen. Die autogerechte Stadt kam und ging und erlebt heute wieder einen starken Zuspruch, etwa wenn wir an die Planung der A100 im Südosten Berlins denken.

»Die autogerechte Stadt kam und ging und erlebt heute wieder einen starken Zuspruch.«

Umbenennung von Straßen – historischer Exorzismus? Das Freiburger Modell

Bernd Martin

Ein wesentliches Element des kollektiven Gedächtnisses eines Landes, einer Stadt oder einer Kommune sind nach „verdienten“ Personen benannte Straßen. Der Erinnerungswert ist jedoch politischen Schwankungen bzw. sich verändernden Wertvorstellungen unterworfen. Augenblicklich bestimmt die deutsche Kolonialgeschichte und deren rassistisches Herrschafts- und Ausbeutungssystem die öffentliche Debatte noch vor den Auseinandersetzungen über den deutschen Antisemitismus. Spürbare Folgen sind die recht unterschiedlich gehandhabten Umbenennungen von Straßen. In Mannheim sind jüngst vier historisch belastete Straßennamen ersetzt worden. Die drei bekanntesten und lange hochgeschätzten deutschen Kolonialpioniere Theodor Leutwein, Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigall und der schwedische Asienforscher Sven Hedin wichen der österreichischen Reiseschriftstellerin Ida Pfeiffer, der französisch-schweizerischen Schriftstellerin Isabelle Eberhardt, dem Asienreisenden Marco Polo und dem Geophysiker Balthasar Neumayer. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus ermöglicht dieser Schritt allein jedoch nicht. Ohne an den Schildern angebrachte Erklärungen wird ein neues Geschichtsbild per Gemeinderatsbeschluss verordnet, das nicht hinterfragt werden kann.

»Eine kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus ermöglicht dieser Schritt allein jedoch nicht. Ohne an den Schildern angebrachte Erklärungen wird ein neues Geschichtsbild per Gemeinderatsbeschluss verordnet, das nicht hinterfragt werden kann.«

Ganz anders die Situation in Berlin: Der Jahrzehnte andauernde Streit über eine Umbenennung der Heinrich-von-Treitschke-Straße wurde 2003 (vorläufig) von der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung zugunsten einer Beibehaltung des an den deutschen Historiker erinnernden Stra-

ßenschildes entschieden. Vorausgegangen war ein Bürgerentscheid der Einwohnerinnen und Einwohner der Straße, die mit großer Mehrheit eine Umbenennung abgelehnt hatten. Eine Neubenennung, so die mehrheitliche Meinung, koste nur Zeit und verursache auch noch dazu Kosten. Die von Treitschke entlehnte Losung „Die Juden sind unser Unglück!“ wurde offensichtlich bei der Urteilsfindung nicht genügend reflektiert. Treitschke zeichnet nicht dafür verantwortlich, dass die Losung in der Agitation der Nationalsozialisten allgegenwärtig war und auch zum Wahlspruch des Hetzblattes *Der Stürmer* wurde. Die antijüdischen Aussagen des von vielen Zeitgenossen hochgeschätzten Historikers besaßen jedoch Gewicht und verstärkten den ohnehin schon vorhandenen Antisemitismus. Die Juden galten ihm nicht als Deutsche, vielmehr diffamierte er sie als undankbare Fremde (Berg 2023).

Offensichtlich waren die politischen Gremien in Berlin nach der Vereinigung der Stadt mit der Umbenennung kommunistisch-sozialistischer Straßenschilder im Ostteil stark beschäftigt. Es verwundert nämlich auch, dass Teile der Freien Universität in Berlin-Dahlem an zwei Straßen liegen, die an den Einsatz deutscher Marinesoldaten bei der Eröffnung des Boxerkrieges erinnern. Die Takustraße ist nach den Sperrforts im Mündungsgebiet des Pei-ho, des Eingangstores nach Peking, benannt. Die verbündeten westlichen Truppen „eroberten“ die Forts, als die chinesische Besatzung bereits größtenteils abgezogen war. Die benachbarte Iltis-Straße erinnert an den Einsatz des Kanonenbootes Iltis II, das bei einem Artillerieduell einige Treffer erhielt. Deutsche Marinesoldaten eröffneten daraufhin zusammen mit Soldaten der anderen Interventionsmächte Kriegshandlungen gegen die Chinesen. Diese führten schließlich zum Krieg gegen die Boxer und zu einer gemeinsamen Intervention im „Reich der Mitte“.

DAS FREIBURGER MODELL

Die angeführten Beispiele zeigen, dass klare Leitlinien für die Umbenennung von Straßen fehlen. Dementsprechend erfolgt die Änderung oder Beibehaltung je nach Zusammensetzung der Entscheidungsgremien. Die damit verbundene Willkür zu vermeiden und die Autonomie der Entscheidung über Straßenumbenennungen zu bewahren,

war von Anfang an das Ziel einer Initiative des Freiburger Gemeinderats, die inzwischen gern als Freiburger Modell bezeichnet wird. Oberste Entscheidungsinstanz über Umbenennungen muss der demokratisch gewählte Gemeinderat sein, der die Aufgabe zwar an eine Kommission delegieren kann, aber letztlich über die Änderung entscheiden muss. Die vom Gemeinderat vorgegebene Zusammensetzung der Kommission erwies sich als entscheidend für ihre Arbeit. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind häufig in ihrem Arbeitsgebiet befangen und bei den notwendigen historischen Recherchen überfordert.

Weiterhin überaus wichtig für die Untersuchung ist der vorgegebene Zeitrahmen. Die meisten Recherchen befassen sich mit der nationalsozialistischen Zeit. Damit übergehen sie Personen und Orte, die an Kriege, wie etwa die Entscheidungsschlachten auf dem Wege zur Gründung des Deutschen Reichs oder an den Ersten Weltkrieg – oft auf heroisierende Weise, z. B. mit der Wendung „im Felde unbesiegt“ –, erinnern. Auch die nationalistische Aufwallung in den antinapoleonischen deutschen Befreiungskriegen führte zur Benennung von Straßen nach Personen wie Carl Theodor Körner, deren Ehrung mit heutigen Wertvorstellungen nicht vereinbar ist und auch damals nicht allgemein geteilt wurden. Eine solche Verherrlichung des Krieges sollte ein zentrales Kriterium bei der Neubeurteilung darstellen, die am besten Historikerinnen und Historikern anvertraut werden sollte.

Die Zusammensetzung der Kommission, teilweise vom Gemeinderat vorgegeben, teilweise vom eingesetzten Vorsitzenden der Kommission mitbestimmt, war für das Freiburger Modell von ganz entscheidender Bedeutung. Den Vorsitz übernahm ein emeritierter Professor für Neuere Geschichte – der Verfasser dieses Berichts –, dem sechs historisch arbeitende Fachleute (zwei Archivare, eine Politologin und drei Historiker) sowie eine Soziologin, die Vorsitzende der Abteilung für Gender Studies, beigegeben wurden. Die Arbeit der recht homogen zusammengesetzten Kommission war daher historisch ausgerichtet. Einer der von der Stadtverwaltung bestellten und bezahlten Historiker war für die Vorbereitung der Sitzungen bestimmt. Er hatte die Aufgabe, den Werdegang der zu untersuchenden Person, ihren Einflusskreis und ihre Verbindungen in die Politik nachzugehen, etwa Parteizugehörigkeit. Die Ergeb-

nisse der Recherche präsentierte er in einem Papier, das der Kommission als Diskussionsgrundlage diente. Oftmals wurden die Ergebnisse kritisch hinterfragt und weitere Recherchen angeregt. Die verwandte Denk- und Vorgehensweise der Mitglieder der Kommission wurde bereits zu Anfang der Arbeit deutlich.

Die erbetene Durchsicht aller 1.300 Freiburger Straßennamen, etwa zur Hälfte nach Personen benannt, ergab frappierende Überschneidungen und insgesamt 60 Problemfälle. Zu diesem Zeitpunkt fehlten jedoch noch die Beurteilungskriterien. Neu- und Umbenennungen in der nationalsozialistischen Zeit beliefen sich auf die relativ geringe Zahl von 144 Fällen, bei denen nur die gute Hälfte personenbezogen war. Offensichtlich standen nicht genügend nationalsozialistische Führungspersonen zur Verfügung, sodass der Stadtrat unfähliche Ortsnamen wählte. Die nach den NS-Größen umbenannten Straßen ließ die französische Besatzungsmacht bereits im Juli 1945 abhängen und die alten Bezeichnungen wieder installieren.

»Die erbetene Durchsicht aller 1.300 Freiburger Straßennamen, etwa zur Hälfte nach Personen benannt, ergab frappierende Überschneidungen und insgesamt 60 Problemfälle.«

KRITERIEN FÜR EINE STRASSENUMBENENNUNG

Die vom Kulturamt der Stadt erwünschte Überprüfung aller Namen nach „historischen, ethischen und politischen Maßstäben“ gab recht allgemeine Richtlinien vor, denen zufolge Bezüge zur Diktatur, Militarismus, Nationalismus, Chauvinismus, Kolonialismus und Antisemitismus vermieden werden sollten. Das warf zugleich die Frage auf, ob heutige Rechts- und Moralvorstellungen allgemeingültiger Maßstab sein sollten. In jedem Fall schien eine Einzelbewertung geboten und ein behutsames Vorgehen angebracht. Daraufhin bestimmte die Kommission in einigen der insgesamt 18 Sitzungen erweiterte Kriterien und legte ein für alle Namen gleiches Procedere fest. Zunächst war herauszufinden, zu welchem Zeitpunkt, von welchen Kreisen, mit welcher Begründung eine Straßenbenennung angeregt worden war und wie sich die städtischen Instanzen, vor allem der Gemeinderat, dazu verhalten hatten. Im Laufe der Diskussionen kristallisierten sich genauere Ausschlusskriterien heraus:

1. Aktive Förderung des Nationalsozialismus von führender Position aus
2. Aggressiver Antisemitismus von Multiplikatoren, die über entsprechenden Einfluss verfügten
3. Extremer Rassismus in Theorie und/oder Praxis
4. Militarismus in Form von Glorifizierung, etwa des Ersten Weltkrieges (Dolchstoßlegende)
5. Extreme, unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit

Der gründlichen Prüfung stand häufig die unzureichende Quellenlage entgegen. Die Resultate der Entnazifizierungsverfahren taugen als Beweismaterial wenig. Auch die Mitgliedschaft in einer radikalen Partei sagt zunächst nichts über die entsprechende Betätigung der Person aus. Die vielfältige Expertise und das unterschiedliche Herangehen der Kommissionsmitglieder führten oftmals zum Auffinden von unbekanntem Material, belastendem oder entlastendem, und somit zu einer Neubewertung.

Schließlich wurde ein Grobraster mit drei Kategorien entworfen. Kategorie A: Schwerbelastet, nicht haltbar. In diese Kategorie fielen in Freiburg schlussendlich zwölf Personen, an die Straßenschilder erinnerten. Hier mussten die Schilder fraglos abgenommen und durch neue ersetzt werden. Die Kategorie B umfasste die schwierigen Fälle, die diskussionswürdig waren. Die Kategorie C enthielt die unbelasteten Fälle, bei denen kein Handlungsbedarf bestand. Diese Rubrik wurde im Laufe der Sitzungen nochmals aufgegliedert in eine Reihe C1 der Namen, die heute nicht mehr vergeben würden, und einer weiteren Reihe C2, von Namen, die auch für heutige Vorstellungen akzeptabel erscheinen. Rege Diskussionen führten zu Verschiebungen bestimmter Namen innerhalb der Gruppen. Eine alphabetische Sortierung oder die Zusammenfassung aufgrund ähnlicher Delikte oder Verstrickungen belasteter Personen in Gruppen erwiesen sich als wenig hilfreich, um die schillernden Persönlichkeiten in ihrem Tun und Handeln zu erfassen. Es fehlte die Vergleichbarkeit. Diese schien eher gegeben, wenn die Untersuchungen sich auf bestimmte Berufsgruppen (Mediziner, Künstler, Militärs, Verwaltungsfachleute) bezogen. Im Vergleichen der einzelnen Personen konnten die Verfehlungen besser erfasst und dem Berufsbild entsprechend eingeordnet werden. Über jeden Fall der in

Kategorie A und B erfassten Personen wurde ein ausführliches Gutachten verfasst und in der Regel einstimmig von der Kommission gebilligt.

Nach nahezu dreijähriger Arbeitszeit und achtzehn Vollsitzungen der Kommission wurde der Abschlussbericht erst dem Gemeinderat, und, von diesem akzeptiert, der Öffentlichkeit in digitaler Form vorgelegt. Der Vorsitzende der Kommission stand in einer Sitzung des Gemeinderats den gewählten Abgeordneten Rede und Antwort. Den Vertretern der „Linken“ waren zu wenig Personen erfasst worden; die rechten Gruppierungen hielten die Zahl der erörterten Fälle für zu hoch. Die Kommission nahm dieses Votum als Anerkennung für die geleistete, auf Ausgleich bedachte Arbeit.

BEISPIELE FÜR DIE AUSEINANDERSETZUNG: HINDENBURG UND STAUDINGER

In der Freiburger Öffentlichkeit stießen Befürworter und Gegner der vorgeschlagenen Straßenumbenennungen jedoch stärker aufeinander. Eine große Kontroverse erbrannte über die Hindenburgstraße, die nach dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Otto Wels, umbenannt werden sollte. Wie in anderen Städten regte sich Widerstand, den ehemaligen Reichspräsidenten und populären Weltkriegsgeneral wegen seinen politischen Verfehlungen dem Vergessen anheimfallen zu lassen. Eine vom Bürgermeister einberufene Versammlung konnte Klarheit schaffen und die Gemüter beruhigen. Auch in weiteren Freiburger Bürgerversammlungen zu diesem Thema wurde demokratisch gestritten, dabei die Opponenten größtenteils überzeugt.

»In der Freiburger Öffentlichkeit stießen Befürworter und Gegner der vorgeschlagenen Straßenumbenennungen jedoch stärker aufeinander.«

Einen Sonderfall stellten die Recherchen über die vermeintlichen Verfehlungen des Chemikers und Nobelpreisträgers Hermann Staudinger dar. In den Akten des Universitätsarchivs fanden sich Briefe von 1942, in denen sich der Professor beim Rektor beschwerte, immer noch „Halbjuden“ unterrichten zu müssen. Eine Studentin wurde mit vollem Namen genannt und damit denunziert. In einer Bürgerversammlung wurde daraufhin angeregt, den Fall nochmals genauer zu untersuchen.

Eine Arbeitsgruppe des Leistungskurses Geschichte an der Staudinger Gesamtschule ging den Vorwürfen nach und fand die damals beklagte Studentin als hochbetagte Zeugin vor. Diese stritt vehement jeglichen Antisemitismus Staudingers ab. Der Professor habe vielmehr die Briefe nach Absprache mit ihr geschrieben, um ihr den Studienplatz zu sichern und sie vor Verfolgung zu schützen. Staudinger habe selbstverständlich gewusst, dass „jüdische Mischlinge“ mit Genehmigung des Reichserziehungsministeriums studieren durften. Das negative Urteil der Kommission wurde daraufhin revidiert und die Staudingerstraße nicht umbenannt. Eine solche dokumentarische Tarnung von Wohlverhalten ist sicherlich selten, lässt sich aber auch in anderen Fällen nicht ausschließen. Im Fall Staudinger hat der demokratische Dissens die Kommission vor einem Fehlurteil bewahrt.

FAZIT

Inzwischen hat die Stadt die zwölf vorgeschlagenen Umbenennungen vollzogen, die Straßenschilder abgehängt und durch neue ersetzt, auf denen immer der Grund für die Absetzung benannt und der neue Name erläutert wird. Am einfachsten fiel die Entscheidung zur Frage der Umbenennung im sogenannten Heldenviertel in Freiburg-Wiehre. Dort wurden die an deutsche Kampfhandlungen bzw. Kriegsmymen des Ersten Weltkriegs erinnernden Namen umgewidmet. So ist etwa die Skagerrakstraße nun ein Gedenkort für die Toten beider Seiten. Die Straßenumbenennungen in Freiburg sind seit 2016 abgeschlossen, doch neue Erkenntnisse und sich wandelnde gesellschaftliche Wertvorstellungen werden für weitere Änderungen sorgen. Ein Vergessen der dunklen Seiten unserer Geschichte sollte dabei auch in Zukunft vermieden werden.

LITERATUR



Berg, Nicolas (Hrsg.): Der Berliner Antisemitismusstreit, Berlin 2023.

Autor:in



Prof. Bernd Martin, geb. 1940, war von 1976 bis 2007 tätig als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Freiburg. 1967 erfolgte die Promotion an der Universität Marburg zum Thema „Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg“, 1973 die Habilitation an der Universität Freiburg zum Thema „Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg“. Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Ostasiens, Polens und des Oberrheins im 20. Jahrhundert. Zuletzt erschien von ihm 2018 die Monografie „Die Freiburger Pathologie in Kriegs- und Nachkriegszeiten (1906–1963)“.

Die Straße als Protestraum im Wandel mediatisierter Öffentlichkeiten

Kathrin Fahlenbrach

Die Straße hat eine lange Geschichte als Ort des Aufbegehrens gegen Obrigkeiten und der öffentlichen Manifestation kollektiver Interessen und Bedürfnisse. In Europa ist sie spätestens mit der französischen Revolution zu einem mythischen Ort geworden, an dem sich der ‚Wille des Volkes‘ formiert. Zu dieser mythischen Zuschreibung trug wesentlich bei, dass seit der Neuzeit Proteste auf der Straße immer wieder autoritäre Herrschaftsverhältnisse in Europa ins Wanken oder gar zum Einsturz brachten.

Damit hat sich die Straße historisch als ein zentraler Ort demokratischen Wandels erwiesen.

»Damit hat sich die Straße historisch als ein zentraler Ort demokratischen Wandels erwiesen.«

Der Mythos der Straße als ‚Ort des Volkes‘ speist sich daneben aus psychosozialen Erfahrungen. Die eigene Anwesenheit in einer Masse bei Demonstrationen, Aufmärschen oder Barrikadenkämpfen kann starke Gemeinschaftsgefühle wecken. Das gemeinsame Gehen, Skandieren von Parolen und Zeigen von Protestemblemen lässt die Einzelnen sich als Teil eines symbolischen Kollektivkörpers erfahren. Je größer die Menge, desto größer ist daher die Chance, dass diese sich im Moment des Protestes als machtvoll erfährt. Dieser Moment der Selbstermächtigung verbindet sich performativ mit Überzeugungen und kollektiven Emotionen wie Wut, Empörung oder Stolz.

Auf der einen Seite zeichnet Straßenproteste also ein hohes Potential an individuell und kollektiv erfahrenen Emotionen aus, die bis heute ihren Ereignischarakter prägen. Als solche stellen sie auf der anderen Seite bis heute eine wichtige instrumentelle Ressource in politischen Machtkämpfen (etwa Demokratie-Proteste in Belarus) sowie im Kampf um gesellschaftliche Deutungshoheit (z.B. Querdenker-Proteste) dar. Dies ist umso bemerkenswerter, als

Öffentlichkeit längst nicht mehr nur über die Straße hergestellt wird, sondern sich in einem steten Prozess der Mediatisierung befindet. Welche Funktion hat die Straße als Protestraum im medialen Wandel erfahren und welchen Stellenwert hat sie heute noch?

DIE MASSENMEDIALE AUSWEITUNG DER STRASSE ALS PROTESTRAUM

Die Straße unterliegt als Ort des kollektiven Protestes einem anhaltenden Wandel von Öffentlichkeit und damit auch einem medialen Wandel (Fahlenbrach 2008). Lange Zeit war die Reichweite von Straßenprotesten begrenzt auf die primäre Öffentlichkeit vor Ort: auf die zur selben Zeit dort Anwesenden, also vor allem Demonstrierende, Passant:innen und Polizei. Straßenproteste störten die öffentliche Ordnung in einem begrenzten lokalen Raum, was gerade in monarchischen Gesellschaften wie im Frankreich des 18. Jahrhunderts eine enorme Provokation darstellte. Allerdings war auch diese primäre Öffentlichkeit spätestens seit dem Aufkommen der Drucktechnik mediatisiert: Flugblätter, die für Straßenproteste mobilisieren, wie die berühmten Aufrufe zum „Sturm auf die Bastille“ im revolutionären Paris.

Der öffentliche Resonanzraum der Straße als Protestort erweiterte sich freilich erheblich mit der Ausweitung des Pressewesens und der Differenzierung der Nachrichtenmedien im 20. Jahrhundert. Vor allem telekommunikative Technologien der Informationsverbreitung – wie das Telefon, das Fax-Gerät, das Radio und schließlich das Fernsehen – ließen die zeitliche Distanz zwischen den Ereignissen auf der Straße und ihrer überregionalen, gar internationalen Verbreitung schrumpfen und brachten sie schließlich ganz zum Verschwinden. Radio und Fernsehen ließen ihr Publikum in den 1960er Jahren live an Protesten gegen den Vietnamkrieg auf den Straßen Washingtons oder gegen den Besuch des persischen Schahs auf den Straßen Berlins und Hamburgs teilnehmen. Im Modus des medialen Dabei-Seins können sich seitdem auch Menschen von den Protesten angesprochen oder angegriffen fühlen, die sich

»Gerade das visuelle Erleben gewalttätiger Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Polizei kann Menschen zur Teilnahme an den Protesten oder gar zur Organisation eigener Proteste mobilisieren.«

weitab des lokalen Straßenprotestes befinden. Gerade das visuelle Erleben gewalttätiger Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Polizei kann Menschen zur Teilnahme an den Protesten oder gar zur Organisation eigener Proteste mobilisieren (Razsa 2014). Es sind besonders die fotografischen und televisuellen Bilder des Straßenprotestes, die seine Wirkmächtigkeit exponentiell erhöhen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass Protestierende ihre Straßenaktionen vor allem seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend den visuellen Selektions- und Inszenierungsprinzipien des Fernsehens, aber auch der Printmedien anpassten.

Pioniere waren in dieser Hinsicht die antiautoritären Bewegungen Ende der 1960er Jahre. Inspiriert von interventionistischen Konzepten der Situationisten entwickelten sie neue performative und symbolische Happeningformen wie Sit-ins oder symbolische Trauerzüge, in denen sie *Situationen* auf der Straße schufen, zu denen sich auch Unbeteiligte vor Ort verhalten mussten. Gerade solche symbolischen Aktionen, die heute in Flashmobs ihre Fortsetzung finden, hatten von Anfang an einen visuellen Spektakelcharakter, der sie in den Fokus der Nachrichtenmedien rücken ließ. In solchen Aktionen fungiert nicht nur die Masse als Argument, sondern auch die spezifische Form und der Ort der Aktion – etwa Teach-ins an Universitäten als Störungen tradierter Abläufe und Inhalte der akademischen Lehre. Die Formierung zum symbolischen Kollektivkörper wird damit szenisch weitergeführt und geht über die bloße Manifestation von Gemeinschaft hinaus. Solche symbolischen Szenarien beziehen auch den journalistischen Kamerablick mit ein (Fahlenbrach 2008). Dies gilt auch für die Inszenierung von Einzelnen als Symbolfiguren des Protestes – wie die US-amerikanische Aktivistin Jan Rose Kasmir, die sich während eines Vietnamkriegsprotestes in Washington mit einer Blume vor eine Reihe bewaffneter Soldaten stellte und deren Foto zu einer Ikone der Antikriegsbewegung wurde.

Die visuelle Inszenierung von Protestformen setzte sich in der Folge fort. Dabei fand eine wachsende Fokussierung auf Straßenproteste als „image events“ statt (Delicath/De Luca 2003). Sternmärsche und Menschenketten der Friedensbewegung der 1980er Jahre etwa formierten sich im Bewusstsein der sie von oben begleitenden Kameras. Das-

selbe gilt für überdimensionale Flaggen – wie etwa der Regenbogenflagge, die für die mediale Vogelperspektive auf den Körpern der Teilnehmenden eines ganzen Protestzuges getragen wurde. Der Effekt dieser menschlich bewegten ‚Körper-Flagge‘ stellte sich nicht etwa bei den lokalen Zuschauer:innen und Passant:innen auf der Straße ein, sondern beim Medienpublikum, das auch der erste Adressat der Aktionen war. Für die Protestmobilisierung wurde der Straßenraum also immer stärker den massenmedialen Bedingungen angepasst. Seit den 1980er Jahren werden Protestaktionen auf der Straße und an anderen symbolträchtigen Orten von NGOs zunehmend professionell geplant, teilweise unterstützt von PR-Agenturen. Ziel etwa der von Greenpeace in Szene gesetzten öffentlichen Die-ins ist es, die Gefahren des Klimawandels sinnfällig zu machen und möglichst hohe öffentliche Aufmerksamkeit hierfür zu erzielen.

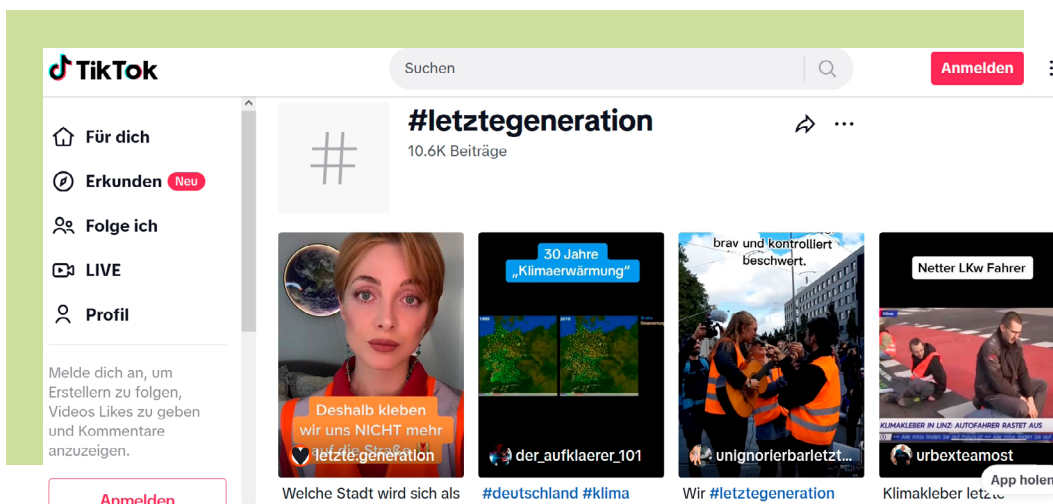
»Für die Protestmobilisierung wurde der Straßenraum also immer stärker den massenmedialen Bedingungen angepasst.«

Die hier nur knapp skizzierte Entwicklung zeigt: Die Ausweitung von Öffentlichkeit durch elektronische Telekommunikationsmedien, die Simultaneität der Nachrichtenübertragung sowie die Tendenz zur Visualisierung von Nachrichten haben wesentlich zur öffentlichen Ausweitung der Straße als Protestraum beigetragen und neuen (Bild-) Formen des Protests Vorschub geleistet.

DIE AUSWEITUNG DER STRASSE ALS PROTESTRAUM IN DIE DIGITALEN NETZMEDIEN

Um 2000 erfuhr die Protestkultur einen nächsten Paradigmenwechsel, der die Mediatisierung der Straße als Protestraum weiter vorantrieb. Bis dato konnten Protestakteure ihre Sichtbarkeit in der massenmedialen Öffentlichkeit nur über Allianzen mit Gatekeepern in den Redaktionen oder über die gezielte Adressierung von Nachrichtenfaktoren beeinflussen. Die Chance, nun über das Internet nicht nur eigenständig Bilder von Protesten öffentlich zu verbreiten, sondern auch – im Web 1.0 – über E-Mail-Verteiler und Websites Proteste zu organisieren bzw. hierfür zu mobilisieren, stellte eine erhebliche Erweiterung aktivistischer Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung dar. Die Bilder der globalisierungskritischen Proteste beim G20-Gipfel in

Seattle 1999 wurden auf bewegungseigenen Websites verbreitet, ohne redaktionelle Selektion und Rahmung. Auf diese Weise gelangten Fotos und Videos der „Battles of Seattle“, die eindrücklich die Polizeigewalt gegen friedliche Straßenproteste der Aktivist:innen dokumentierten, ungefiltert in die internationale Öffentlichkeit. Diese Bilder trugen wesentlich zur globalisierungskritischen Mobilisierung von Aktivist:innen auf den Straßen in Europa und anderen Regionen der Welt bei.



Straßenproteste als Image Events auf Social-Media-Plattformen: #letztegeneration auf TikTok, Screenshots, abgerufen am 18.11.2024.

Die Hybridisierung der Straße als Protestraum schritt weiter voran, als sich um 2010 mit dem Aufkommen von sozialen Online-Plattformen das Web 2.0 entwickelte (vgl. Abbildung).

Jede und jeder hatte auf einmal die Möglichkeit, sich auf selbst gestalteten Profildseiten auf *Facebook* oder *MySpace* sowie über Postings, Likes und Teilen mit anderen zu vernetzen und sich eigene, personalisierte Öffentlichkeitsräume zu schaffen. Das Web 2.0 leistete damit neuen Dimensionen der grenzüberschreitenden Vernetzung und Ausbildung aktivistischer Gemeinschaften Vorschub (Fielitz/Staemmler 2020). Wie es Castells (2015), anfangs noch euphorisch, prognostizierte, sahen Aktivist:innen auf Plattformen wie *Facebook* oder *YouTube* die Chance auf freie, unzensurierte sowie autonome Räume,

»Das Web 2.0 leistete damit neuen Dimensionen der grenzüberschreitenden Vernetzung und Ausbildung aktivistischer Gemeinschaften Vorschub.«

in denen sie sich organisieren und vernetzen. Aber auch und zugleich ihre eigenen Bilder von Straßenprotesten konnten sie nun ungefiltert verbreiten. Der Erfolg der Straßenproteste in einigen nordafrikanischen Ländern, die um 2010 als Arabischer Frühling in die Geschichte eingingen, schienen den frühen Netzutopien Recht zu geben. Zweifellos boten Plattformen wie *Facebook* und *YouTube* den Protestierenden gänzlich neue Möglichkeiten zur Selbstorganisation, aber auch zur unzensurierten, öffentlichkeitswirksamen und globalen Verbreitung von Bildern der Straßenproteste.

Die neuen digitalen Freiräume wurden allerdings schon bald durch eine umfassende Ökonomisierung der sozialen Plattformen konterkariert. Waren es vormals besonders die journalistischen Filter, die die öffentliche Sichtbarkeit von Straßenprotesten lenkten, sind es seitdem stärker als zuvor die ökonomisch auf maximale Abrufzahlen, virale Potenz und Big Data hin optimierten Algorithmen, welche automatisiert über Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Postings entscheiden. So mag es nur folgerichtig sein, dass sich in den Netzwerken des Plattformkapitalismus neue aktivistische Milieus Sichtbarkeit verschaffen, welche die Algorithmen mit affektiv polarisierenden und radikalen Positionen bedienen – wie es aktuell rechtsextremen Akteur:innen auf *TikTok* gelingt.





»Die neuen digitalen Freiräume wurden allerdings schon bald durch eine umfassende Ökonomisierung der sozialen Plattformen konterkariert.«

Inzwischen haben aber auch einige links-liberale und emanzipative Bewegungen die algorithmischen Bilddynamiken der Netzöffentlichkeiten verstanden und schaffen darauf abgestimmte Bildereignisse des Straßenprotests (siehe Abbildung). So etwa die Klimaaktivist:innen, die durch Blockaden des Straßenverkehrs in den Alltag der Menschen eingriffen und sie – ganz im situationistischen Sinne – mit ihrer eigenen Verantwortung für die Klimakrise konfrontierten. Damit evozierten sie symbolträchtige Bilder von sich märtyrergleich dem Autoverkehr, dem Hass und der Gewalt von Mitbürger:innen und Polizei aussetzenden Aktivist:innen. Das Festkleben der Hände auf dem Asphalt als symbolischer Akt der Selbstverletzung und physischen Gefährdung geriet so zu einem moralischen Sinnbild, das die viralen Verbreitungsdynamiken erfolgreich bediente. Gleichzeitig haben diese Bilder vor allem

in den polarisierten Netzöffentlichkeiten die Fronten eher weiter verhärtet.

Gerade angesichts der schwindenden Sichtbarkeit, den besonders links-liberale und emanzipative Aktivist:innen in den fragmentierten und personalisierten Öffentlichkeiten des Social Web heute erfahren, wird die Straße als Protestraum offenbar wichtiger denn je: nicht nur als Ort der demokratischen Selbst-Behauptung und der kollektiven Selbstermächtigung in einer ansonsten fragmentierten Öffentlichkeit. Sondern auch als Ort der Genese symbolträchtiger und algorithmisch attraktiver Bilder des Straßenprotestes, die übergreifende Aufmerksamkeit erzielen können.

LITERATUR

-  Castells, Manuel: Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age, Malden 2015.
-  Delicath John W./De Luca Kevin M.: Image Events, the Public Sphere, and Argumentative Practice: The Case of Radical Environmental Groups, in: Argumentation, Jg. 17 (2003), S. 315–333.
-  Fahlenbrach, Kathrin: Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protest-Raum, in: Geschke, Sandra Maria (Hrsg.): Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraums an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 2008, S. 98–111.
-  Fielitz, Maik/Staemmler, Daniel: Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 33 (2020), H. 2, S. 425–441.
-  Razsa, Maple John: Beyond ‘Riot Porn’: Protest Video and the Production of Unruly Subjects, in: ethnos, Jg. 79 (2014), H. 4, S. 496–524.

Autor:in



Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach forscht und lehrt am Institut für Medien und Kommunikation an der Universität Hamburg. Sie forscht u.a. zu Protestästhetik im medialen Wandel. Publikationen hierzu sind etwa: *Protestinszenierungen. Zur visuellen Kommunikation kollektiver Identitäten* (2002) oder *Protest Cultures. A Companion*, herausgegeben mit Martin Klimke und Joachim Scharloth (2017).

Wehrhafte Demokratie und politische Kultur

Alexander Hensel und Greta Jasser

Das Jahr 2024 begann mit einem protestpolitischen Paukenschlag: Mehr als 3,7 Millionen Menschen gingen zwischen Mitte Januar und Ende Februar in Reaktion auf die *Correctiv*-Berichte über ein Treffen von rechten und rechts-extremen Akteur:innen auf die Straße (Sander 2024). Auf diesem Treffen in Potsdam hatte der österreichische Aktivist Martin Sellner einen „Masterplan“ präsentiert, wie „Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und ‚nicht-assimilierte Staatsbürger‘“ zur „Remigration“ aus dem Land gedrängt werden könnten (Bensmann et al. 2024). Daraufhin formierte sich „die größte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik“, deren Umfang und Dynamik viele Expert:innen überraschte (Fuhr 2024). In der Vielfalt der hierfür relevanten Ursachen, scheint uns eine Erklärung zentral: Vieles spricht dafür, dass Inhalt und Darstellung der *Correctiv*-Recherchen die in der politischen Kultur der BRD verankerte Idee der wehrhaften Demokratie gekonnt adressiert haben.

ZUR THEORIE DER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE

Zentrales Element der bundesrepublikanischen politischen Kultur ist die Idee der wehrhaften Demokratie. Sie entstand in Reaktion auf das durch den Aufstieg des Faschismus in Europa relevant werdende demokratische Paradox, „dass die parlamentarischen Prinzipien per Mehrheitsbescheid abgeschafft werden könnten“ (Kraushaar 2022: 44), wie es in der Weimarer Republik geschah (Gassert 2023: 206). Vor dem Nationalsozialismus ins Exil geflohene Theoretiker erarbeiteten vor diesem Hintergrund demokratiethoretische Überlegungen zum Schutz der Demokratie, die heute meist unter dem Begriff der wehrhaften Demokratie zusammengefasst werden (vgl. Kraushaar 2022: 44–47).

»Zentrales Element der bundesrepublikanischen politischen Kultur ist die Idee der wehrhaften Demokratie.«

Diese basiert auf zwei Ideen: Erstens jene, dass liberale Demokratien zum Schutz ihrer fundamentalen liberalen Werte auch illiberale Mittel einsetzen dürfen (Müller 2012: 1253), wie etwa das Parteienverbot oder das Verbot verfassungsfeindlicher Gruppen. Diese Position, formuliert etwa in Karl Loewensteins Konzept der „militanten Demokratie“ (Loewenstein 1937), war und ist demokratietheoretisch keineswegs evident, akzeptiert sie doch das Aussetzen von Prinzipien, die für freiheitliche Demokratien konstitutiv sind. Gerechtfertigt werden Grundrechtseingriffe als letztes Mittel zum Schutz des politischen Systems, das für eine Garantie der Grundrechte notwendig sei (Müller 2012: 1258).

Hinzu kommt zweitens die Idee, dass liberale Demokratien einen unverhandelbaren Kern besitzen, wie vor allem der Verfassungsrechtler Ernst Fraenkel argumentiert. Er unterscheidet zwischen einem nicht-kontroversen und einem kontroversen Sektor in Demokratien (Fraenkel 2011: 259). Der erste beschreibt das rechtliche und weltanschauliche Fundament liberaler Demokratien, das dem politischen Wettbewerb entzogen sein sollte. Der zweite beschreibt alle jenseits dessen liegenden Fragen, die politisch ausgehandelt werden müssten. Die nicht-kontroverse, „vorstaatliche weltanschauliche Basis der Demokratie“ (Gassert 2023: 207) ruht auf einem normativ gesetzten Wertekodex, zu dem Fraenkel unter anderem das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, fundamentale Freiheitsrechte sowie die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Unparteilichkeit der Justiz zählt (Fraenkel 2011: 92–93), die wiederum vom Staat garantiert und durchgesetzt werden müssten. Die im nicht-kontroversen Sektor verankerten Verfahrensregeln und Grundwerte bilden die Voraussetzung für politische Aushandlungen im kontroversen Sektor.

ZUR PRAXIS DER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE

Die Theorie der wehrhaften Demokratie wurde in der jungen Bundesrepublik praktisch hoch relevant. Ihre Kernideen fanden in der verfassungshistorisch außergewöhnlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg Eingang ins Grundgesetz (Kraushaar 2022: 32–41, Marg 2019: 14–17). Seither bilden die von der Verfassung gesicherten Grundrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) Teile eines verfassungsrechtlichen, nicht-kontroversen

sen Sektors, der von der Ewigkeitsklausel geschützt wird. Das Grundgesetz kann somit keine Revolution verhindern, verunmöglicht aber eine „rechtliche Revolution“ (Müller 2012: 1258) – bzw. erschwert einen Umsturz durch legale Mittel erheblich. Zugleich wird definiert, unter welchen Umständen Instrumente zur Einschränkung politischer Grundrechte wie die Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG) oder das Parteienverbot (Art. 21 GG) eingesetzt werden dürfen (Kraushaar 2022: 46–50). Aufgrund dieses institutionellen Arrangements und der hierauf aufbauenden Praxis des Verfassungsschutzes gilt die BRD als Idealtypus der wehrhaften Demokratie (Mudde 2019: 130–133).

»Das Grundgesetz kann somit keine Revolution verhindern, verunmöglicht aber eine ‚rechtliche Revolution‘.«

Die Elemente der wehrhaften Demokratie fanden auch deutlichen Niederschlag in der politischen Kultur der BRD, also der für das politische Denken, Sprechen und Handeln maßgeblichen Grundvorstellungen der Bevölkerung (Rohe 1994: 1–2).

Die geschichtlich geprägten und institutionalisierten Regeln und Prinzipien der politischen Kultur werden sozial verinnerlicht, oft ohne, dass es ihren Träger:innen vollständig bewusst wäre (Rohe 1994: 6–7). Dennoch kann sie in gesellschaftlich-kulturellen Praktiken, Interaktionen, Produktionen und Vorstellungen beobachtet werden (vgl. Diehl 2019: 44–45). Exemplarisch zeigt sich dies einerseits in der politischen Bildung: Bis heute verweisen viele Programme zur Förderung von Demokratie auf Begriff und Prinzipien der wehrhaften Demokratie (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023). Demokratiefähigkeit und die Ausbildung von Werten und Normen auf der Basis der fdGO sind zudem erklärte Lernziele für Schüler:innen (vgl. Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen 2023). Niedersachsen etwa stellt eine Grundrechtebibel für Kinder ab acht Jahren zur Verfügung, um deren „Loyalität zur Demokratie, die Akzeptanz demokratischer Grundsätze und ein Verständnis für die Risiken in der Gegenwart [...] zu stärken.“ (Niedersächsisches Kultusministerium 2012).

»Zentral sind Ideen der wehrhaften Demokratie andererseits für das demokratische Bewusstsein und die Erinnerungskultur der Bundesrepublik.«

Zentral sind Ideen der wehrhaften Demokratie andererseits für das demokratische Bewusstsein und die Erinnerungskultur

der Bundesrepublik. Diese Erinnerungskultur bezieht sich „eben nicht primär auf eine erklärte ‚Erfolgsgeschichte‘ wie etwa den Mauerfall [...], sondern auf die Anerkennung historischer Schuld und Verantwortung“ (Rohde 2019: 232). Eingefordert von der 68er-Generation verankerte sich im Laufe der Jahrzehnte eine demokratische Erinnerungskultur. Diese wurde Teil „unserer unbefragten Selbstverständlichkeiten, die als solche selbst nicht thematisiert werden, weil sie Teil unseres Weltbildes sind“ (Assmann 2020: 10). Um diesen Wertekanon zu festigen, ist die staatliche Erinnerungskultur „mit großer Energie, finanziellem Aufwand und bürgerschaftlichem Engagement aufgebaut worden und seither mit einer Fülle von Institutionen und Initiativen [...] für alle erreichbar und unübersehbar geworden.“ (ebd.: 11). Sie stützt bis heute die Politik des „Nie Wieder“, die von Zeitzeug:innen bereits direkt nach dem Ende des Naziregimes eingefordert wurde. Die hohe Bedeutung der Erinnerungskultur zeigt sich nicht zuletzt an den vehementen Vereinnahmungs- und Umdeutungsversuchen seitens der AfD, aus deren Reihen schon 2017 eine „erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad“ gefordert wurde (Rohde 2019: 222).

BRUCH MIT DER POLITISCHEN KULTUR UND ENTSTEHUNG EINER „NEUEN ANTIFA“?

Vor dem Hintergrund sind die Anfang 2024 entstehenden Proteste als eine Art politisch-kulturelle Abwehrreaktion zu verstehen, stellt doch der von *Correctiv* aufgedeckte „Masterplan zur Remigration“ einen massiven Angriff auf zentrale Werte und Prinzipien der Demokratie dar. Bislang waren die Konsequenzen einer Anwendung der neurechten Ideologie des „Ethnopluralismus“ – die vorsieht, einen kulturellen Austausch zwischen verschiedenen „Ethnien“ sowie deren „Vermischung“ zu verhindern, um deren spezifischen nationalen Charakter zu erhalten bzw. „reinzuhalten“ (Rydgén 2018: 3) –, zumeist beschwiegen worden (Speit 2024). Die hieran anknüpfende Forderung nach „Remigration“ war seitens der AfD schon oft postuliert, allerdings kaum konkretisiert worden. So hatte etwa Björn Höcke schon 2018 ausgeführt, dass „ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein“ werde, in dem sich „eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘“ sowie „menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden

lassen“ werden (Höcke 2020: 254). Die Betroffenen davon wurden jedoch noch nicht konkret benannt. Die AfD insgesamt beharrte offiziell auch nach den *Correctiv*-Veröffentlichungen darauf, dass mit diesem Begriff nur „Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat“ gemeint seien (AfD 2024). Die *Correctiv*-Recherche offenbarte einer breiten Öffentlichkeit jedoch in aller Deutlichkeit, was mit Remigration mindestens auch gemeint ist: Die Verdrängung *auch* deutscher Staatsbürger:innen auf Grundlage ethnischer Kriterien (Virchow/Quent 2024: 14). So empfahl Sellner auf dem Potsdamer Treffen zur Umsetzung der Remigrations-Politik laut *Correctiv* einen möglichst „hohen Anpassungsdruck“ auszuüben sowie „maßgeschneiderte Gesetze“; ein anwesender AfD-Landespolitiker schlug dort vor, ausländische Restaurants unter Druck zu setzen und „für dieses Klientel“ das Leben vor Ort „möglichst unattraktiv“ zu gestalten (Bensmann et al. 2024).

Derartige Forderungen bzw. Ansätze zur „Remigration“ stellen inhaltlich einen eklatanten Bruch mit der durch Ideen der wehrhaften Demokratie geprägten politischen Kultur dar. Denn erstens erinnern die Pläne zur „Remigration“ an die rassistische wie antisemitische Eskalationsdynamik der Unterdrückung, Verdrängung und Deportation im Nationalsozialismus, die bis heute einen übergreifenden Bezugspunkt nicht allein für antifaschistische Perspektiven darstellen (Schneider 2014: 11–12; Rohrmoser 2022: 55–57). Zweitens widerspricht die Forderung nach einer Remigration deutscher Staatsangehöriger unverhohlen den in der fdGO formulierten Kernprinzipien der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie (Hong 2024). Unter den Forderungen zur „Remigration“ war es offenbar gerade die massive Ausweitung der Pläne auch auf deutsche Staatsbürger:innen, die besonders breite gesellschaftliche Empörung auslöste. Zugleich löste dieser politische Kulturbruch eine protestpolitische Massenaktivierung aus. Die Demonstrationen ermöglichten vielen Menschen zunächst vor allem, ihrer Empörung und ihrer Ablehnung von Rechts(extremismus) im Allgemeinen und der AfD im Besonderen Ausdruck zu verleihen (Fuhr 2024). Die Demonstrationsteilnahme wurde dabei

»Derartige Forderungen bzw. Ansätze zur ‚Remigration‘ stellen inhaltlich einen eklatanten Bruch mit der durch Ideen der wehrhaften Demokratie geprägten politischen Kultur dar.«

von vielen auch als Überwindung der zuvor empfundenen Hilflosigkeit gegenüber dem fortgesetzten Rechtsrutsch in Politik und Gesellschaft empfunden (Friedrich 2024). Bald zeichnet sich überdies das strategische Ziel ab, durch den massenhaften Auftritt einer selbstverstandenen Mitte der Gesellschaft dem durchbrochenen politisch-kulturellen Konsens symbolisch wieder Geltung zu verschaffen (Olani-gan 2024).

Dabei ließen sich in der sozial und politisch vielfältigen Massenbewegung mindestens zwei Hauptströmungen unterscheiden: Einerseits moderat bis radikallinke Akteur:innen und Gruppen mit umfangreichen antifaschistischen (Protest-)Erfahrungen (vgl. Rohrmoser 2022: 183–185). Diese standen der Migrationspolitik der Bundesregierung vielfach äußerst kritisch gegenüber (Mense 2024). Eine weit größere Gruppe neu-mobilisierter Demonstrant:innen, auch als „bürgerliche Antifa“ beschrieben (Feddersen 2024), rekrutierte sich andererseits aus dem mittig-moderaten politischen Spektrum. Vereint wurde diese politisch ungewöhnliche Melange zunächst durch gemeinsame Gegner sowie den Rekurs auf Ideen der wehrhaften Demokratie – so nannte etwa der niedersächsische Ministerpräsident die Demonstrationen „gelebten Verfassungsschutz“ (o.V. 2024a).

Im turbulenten Protestalltag sowie in der medialen Debatte offenbarten sich jedoch bald innere Bruchlinien: Zu inhaltlichen Kontroversen über Ursachen und Ausdrucksformen des Faschismus (Zelik 2024) kamen strategische Differenzen in der Bündnisfrage, die sich insbesondere am Ein- bzw. Ausschluss der CDU/CSU entzündeten (Fuhr/Soldt 2024). Ersichtlich wurden schließlich kulturelle Deutungskämpfe zwischen einem neuen und populären sowie einem traditionellen und alternativen Antifaschismus (Lelle 2024). Derartige Friktionen sind in der Geschichte des Antifaschismus indes nicht neu (Schneider 2014). In den Partei- und Milieugrenzen überspannenden antifaschistischen Bündnissen der 1930er Jahre, wie etwa der Volksfrontbewegung oder dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, waren ideologisch-strategische Reibereien an der Tagesordnung (Mason 2022: 335–359; Walter 2024). Umso wichtiger waren pragmatische Kompromissbereitschaft, die Integration durch Führungsfiguren sowie die Entwicklung eines antifaschistischen Ethos, das alternative Vision und

Praxis vereint (Mason 2024: 388, 409–413). All dies war in der breiten antifaschistischen Massenbewegung Anfang 2024 indes kaum vorhanden.

WAS DENNOCH BLEIBT

Vor diesem Hintergrund wundert es kaum, dass die Mobilisierung der neuen Antifa alsbald erlahmte und in der Breite kaum in mittelfristig stabile Bündnisse überführt werden konnte. Auch der von vielen Demonstrierenden erhoffte Einfluss auf die ostdeutschen Landtagswahlen 2024 blieb aus. Und dennoch blieben die Proteste nicht ganz ohne Wirkung, wie sich vor allem an der lauter werdenden Debatte über Legitimität, Notwendigkeit und Chancen eines Verbots der AfD zeigt, für dessen Beantragung im Herbst 2024 ein überparteiliches Bündnis im Bundestag eine Mehrheit zu organisieren versuchte (Gathmann et al. 2024). Auch wenn der neue Antifaschismus so rasch von den Straßen verschwunden ist, wie er dort erschien, scheint er dazu beigetragen zu haben, dass die wehrhafte Demokratie aus ihrem Schlummer erwacht ist.

LITERATUR












Alternative für Deutschland (AfD): 7 Punkte zur Remigration. Wie die AfD den Begriff definiert, Januar 2024, URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-_-AfD-Faltblatt-_-7-Punkte-zur-Remigration-_-web.pdf [19.11.2024].













Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020.




Bensmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland, in: correctiv.org, 10.1.2024, URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [19.11.2024].

-  Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI): Wehrhafte Demokratie, URL: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/wehrhafte-demokratie-node.html> [11.3.2024].
-  Diehl, Paula: Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre. Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung, in: Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 39–57.
-  Feddersen, Jan: Die bürgerliche Antifa, in: taz.de, 1.2.2024, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-die-AfD/!5985933/> [19.11.2024].
-  Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Herausgegeben und eingeleitet von Alexander v. Brünneck, 9. Aufl., Stuttgart [1964] 2011, S. 92–93.
-  Friedrich, Sebastian: Antifaschismus reloaded, in: Der Freitag, Nr. 3/2024, S. 1.
-  Fuhr, Lukas: »Der Höhepunkt der Demowelle liegt wohl hinter uns«, in: FAZ, 16.2.2024, S. 4.
-  Fuhr, Lukas/Soldt, Rüdiger: Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, in: FAZ, 27.1.2024, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html> [20.3.2024].
-  Gassert, Philipp: Sicherheit nach Innen: Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes in der Praxis der Verfolgung von Verfassungsfeindschaft, in: Bürger & Staat, Jg. 73 (2023), H. 4, S. 205–212.
-  Gathmann, Florian et al.: Welche Chancen der Antrag für ein AfD-Verbot hat, in: Spiegel Online, 4.10.2024, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verbotsverfahren-welche-chancen-der-antrag-hat-a-da2310bc-d569-4ba4-ba9c-cd85a0ade346> (10.10.2024)

-  Hensel, Alexander/Jasser, Greta: Weckruf für die wehrhafte Demokratie. Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan“ zur „Remigration“, Rechts- extremismus und die AfD, in: Demokratie-Dialog, H. 14/2024, S. 60–69.
-  Höcke, Björn: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüding- hausen/Berlin [2018] 2020.
-  Hong, Mathias: Grundrechtsverwirkung und Partei- verbot gegen radikale AfD-Landesverbände (Teil II), in: Verfassungsblog.de, 07.02.2024, URL: [https:// verfassungsblog.de/grundrechtsverwirkung-und- parteiverbote-gegen-radikale-afd-landesverbaende- ii/](https://verfassungsblog.de/grundrechtsverwirkung-und-partieverbote-gegen-radikale-afd-landesverbaende-ii/) [13.3.2024].
-  Kraushaar, Wolfgang: Keine falsche Toleranz! War- um sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss, Hamburg 2022.
-  Landesamt für Schule und Bildung Sachsen: Unter- richtsmodul zur Unterstützung der Demokratiebil- dung an sächsischen Schulen, URL: [https://www. politische.bildung.sachsen.de/download/23_08_21_ Modul_Wehrhafte_Demokratie_U_verlauf.pdf](https://www.politische.bildung.sachsen.de/download/23_08_21_Modul_Wehrhafte_Demokratie_U_verlauf.pdf) [19.11.2024].
-  Lelle, Nikolas: Demos gegen rechts: Was heißt Nie wieder?, in: taz.de, 08.02.2024, URL: [https://taz.de/ Demos-gegen-rechts/!5987599/](https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5987599/) [23.2.2024].
-  Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Funda- mental Rights I, in: American Political Science Re- view, Jg. 31 (1937), H. 3, S. 417–432.
-  Marg, Stine: Die »wehrhafte Demokratie« als histori- sche Legitimationsgrundlage des Verfassungsschut- zes, in: Demokratie-Dialog, H. 4/2019, S. 12–20.
-  Mason, Paul: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin 2022.

-  Mense, Thorsten: Der Volksaufstand, in: Jungle World, H. 5/2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/05/proteste-gegen-afd-linke-kritik-der-volksaufstand> [20.11.2024].
-  Mudde, Cas: The Far Right Today, Cambridge 2019.
-  Müller, Jan-Werner: Militant Democracy, in: Rosenfeld, Michel/Sajó, András/Müller, Jan-Werner (Hrsg.): The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law, Oxford 2012, S. 1253–1269.
-  Niedersächsisches Kultusministerium: »Voll in Ordnung – unsere Grundrechte«. Grundrechtefibel für Kinder ab 8 Jahren, 23.4.2012, URL: https://www.mk.niedersachsen.de/download/73388/Lehrerhandreichung_zur_Grundrechtefibel_fuer_Grundsulen_Voll_in_Ordnung_-_unsere_Grundrechte.pdf [12.3.2024].
-  o.V.: »Demokratie lebt von Menschen, die dafür aufstehen«, in: tagesschau.de, 21.1.2024, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demonstrationen-gegen-rechts-sonntag-102.html> [13.3.2024].
-  Olanigan, Adefunmi: »Die Lage ist verdammt brenzlich«, in: taz.de, 28.1.2024, URL: <https://taz.de/Aktivist-ueber-Demos-im-laendlichen-Raum/!5988263/> [13.11.2024].
-  Rohde, Ronny: Die Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Anerkennung und Geschichtsrevisio- nismus, in: Bizuel, Yves/Lutz-Auras, Ludmila/Rohgalf, Jan (Hrsg.): Offene oder geschlossene Kollektividen- tität, Wiesbaden 2019, S. 221–249.
-  Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Be- yme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21.
-  Rydgren, Jens: The Radical Right: An Introduction, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Radical Right, New York 2018, S. 1–13.

-  Rohmoser, Richard: Antifa. Portrait einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022.
-  Sander, Lalon: Wenn die Demokratie Zähne zeigt, in: taz.de, 9.3.2024, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5994464/> [12.3.2024].
-  Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014.
-  Speit, Andreas: Angriff auf die Mitte, in: taz.de, 8.2.2024, URL: <https://taz.de/Hintergrund-des-Begriffs-Remigration/!5987412/> [22.2.2024].
-  Virchow, Fabian/Quent, Matthias: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextrem, das neue Normal? München 2024, S. 7–16.
-  Walter, Franz: Die Farben der Republik, in: FAZ, 4.3.2024, S. 6.
-  Zelik, Raul: Demolierte Demokratie, in: nd-aktuell, 2.2.2024, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179730.demos-gegen-rechts-demolierte-demokratie.html?sstr=Zelik> [22.2.2024].

Autor:innen



Greta Jasser ist Politikwissenschaftlerin. Sie forscht am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen zu rechten und misogynen Bewegungen, insbesondere der Online-Aktivitäten sowie -Netzwerken.

Alexander Hensel ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen zur Parteien- und Bewegungsforschung und befasst sich vor allem mit der Entwicklung der AfD.

umbenennen?! Ausstellungen zu Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart

Kaspar Nürnberg

Namen von Straßen und Plätzen zeugen von politischer, sozialer und kultureller Einflussnahme im öffentlichen Raum. An der Benennung lässt sich die – oft wertschätzende – Erinnerung an Personen oder Ereignisse, und damit auch Geschichtspolitik ablesen. Deshalb sorgen Straßennamen beinahe weltweit für Diskussionen. Verschiedene Initiativen, Medienkampagnen und aktivistische Interventionen haben in den letzten Jahren deutlich gemacht, welche Repräsentationen in der Benennung von Straßen sie für unangemessen halten und welche ihnen fehlen. Die Gründe dafür sind vielseitig: von der Belastung des Straßennamens durch Militarismus, Rassismus oder andere Diskriminierungsformen über das fortdauernde Fehlen bestimmter Ehrungen oder Gedenken bis hin zur Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter und dem kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit.

BERLINS STRASSEN ALS SCHAUPLATZ VON GESCHICHTE UND AKTIVISMUS

An Berlins Straßennamen und den Prozessen von (Um) Benennungen wird nicht nur die wechselvolle Geschichte der Stadt mit ihren politischen Umbrüchen augenfällig, sondern auch der gesellschaftliche Wandel und die wechselnden Deutungshoheiten über Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Dies zeigen auch jüngere Debatten, etwa um die Umbenennung von Straßen im sogenannten Afrikanischen Viertel im Wedding. Eine Kontinuität gibt es aber auch: Kontroverse Diskussionen über die Benennung von Straßen waren schon immer Teil der Stadtgeschichte.

*»Kontroverse
Diskussionen über
die Benennung von
Straßen waren schon
immer Teil der
Stadtgeschichte.«*



Umbenennung des Weddinger Nachtigalplatzes in Manga-Bell-Platz, 02.12.2022, © Bezirksamt Mitte.

Das Beispiel Berlin erweist sich als besonders interessant für eine Betrachtung der wechselvollen Geschichte von Straßen(um)benennungen. Noch heute finden sich Zeugnisse des Deutsch-Französischen Kriegs und von Berlins Zeit als Reichshauptstadt. Nach 1920 wurden im neu entstandenen Groß-Berlin Straßen umbenannt, um Doppelungen in den zusammengeführten Städten und Gemeinden zu vermeiden. Die Weimarer Republik und die Diktatur der NS-Zeit sind bis heute im Straßenbild präsent. Ost- und West-Berlin verfolgten eine unterschiedliche Politik der Straßennamen. Seit 1999 ist die Stadt Sitz der Bundesregierung und ihr Status als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland seit 2006 im Grundgesetz verankert.

Die Berliner Straßen sind Schauplatz von Meinungsvielfalt und Aktivismus: Interventionen wie die Kommentierung mittels kleiner Infoschilder an Straßennamen, spontan geklebte Umbenennungen oder Kunstprojekte, etwa Korkfiguren auf Straßenschildern, und andere zivilgesellschaftliche Aktionen verweisen auf aktuelle Themen, die die Bewohner*innen der Stadt beschäftigen. So wurden zahlreiche Straßenschilder zum Gedenken an die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau 2020 zum Jahrestag am 19. Februar 2021 überklebt; ähnliches geschah zum Internationalen Frauentag mit Bezug auf Frauennamen u.a. 2017 und 2021 in Kreuzberg und Neukölln.

»Berliner Straßen sind Schauplatz von Meinungsvielfalt und Aktivismus.«

KONZEPT DER AUSSTELLUNG

Die zwölf Berliner Regionalmuseen und das Aktive Museum e.V. nehmen mit dem Ausstellungsprojekt „umbenennen?! Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart“ dieses relevante Thema auf. Im Rahmen von Ausstellungen in allen zwölf Berliner Bezirken, vielseitigen Veranstaltungen in ganz Berlin sowie Partizipationsangeboten trägt das Projekt zur Versachlichung und Kontextualisierung der Debatten bei. Diskursive Formate wie etwa ein Diskussions-

raum sollen den Austausch der Zivilgesellschaft über Geschichte, Wahrnehmung und Potenzial von Straßennamen für das Profil einer Stadt fördern. Geplant sind dazu Kooperationen mit Initiativen und Institutionen, welche den forschungsbasierten Prozess der Ausstellungskonzeption sowie die anschließende Vermittlungsarbeit bereichern sollen.

Über fast zwei Jahre hinweg zeigen die Bezirksmuseen ab Frühjahr 2025 historische und aktuelle Perspektiven auf das Thema der Straßennamen in Berlin. Die Projektakteure erstellen gemeinsam übergreifende thematische Module, die die Kernaussstellung bilden und sich in allen Bezirksausstellungen wiederfinden. Ergänzt werden diese Module durch eigene Forschungen der Bezirke und bezirksspezifische Schwerpunktsetzungen. Auf diese Weise erhalten einerseits berlinweite Themen in dem Projekt Raum. Zugleich kann konkret auf die lokalen Besonderheiten und spezifischen Diskussionen der einzelnen Bezirke eingegangen werden.

FRAGE NACH KONTINUITÄTEN UND BRÜCHEN

Inwieweit spiegeln sich die jeweils herrschenden politischen Machtverhältnisse in den Benennungen bzw. den Umbenennungen von Straßen und Plätzen wider? Welches Potenzial zur Entwicklung einer demokratischen, partizipativ-engagierten Stadtöffentlichkeit bergen moderierte Diskurse über die (Um)Benennung von Straßen? Welche Formen der Identifikation und Projektion ermöglichen Straßennamen? Wer benannte welche Straßen zu welchem Zeitpunkt wie um? Diese und andere Fragestellungen werden die Ausstellungen begleiten. Eine wesentliche inhaltliche Leitlinie des Projekts ist dabei die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in (Um)Benennungsprozessen.

»Welches Potenzial zur Entwicklung einer demokratischen, partizipativ-engagierten Stadtöffentlichkeit bergen moderierte Diskurse über die (Um)Benennung von Straßen?«

Kontinuitäten finden sich in der Benennung von Straßen nach Männern, nach Toponymen wie Orten, Flüssen oder Gebieten und nach Persönlichkeiten der Kunst oder Wissenschaft. Während der NS-Zeit wurden Straßen und Plätzen nicht nur offensichtlich propagandistische Namen zugeteilt.



Umbenennung der Einemstraße
in Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße,
17.12.2013, © Bezirksamt
Tempelhof-Schöneberg.

Auch heute „verstecken“ sich im Stadtraum daher noch viele Straßennamen mit Nähe zur NS-Ideologie. Aber nicht nur deshalb gibt es immer noch Straßennamen mit anti-semitischen Bezügen, Benennungen nach Herrscherpersönlichkeiten sowie Straßen mit militärischen Bezügen.

Die erste Eröffnung einer Ausstellung im Rahmen des Gesamtprojekts findet in Steglitz-Zehlendorf am 27. März 2025 statt. Anschließend wandert die Kernaussstellung – immer begleitet von Veranstaltungen und ergänzt um bezirksspezifische Inhalte – durch die verschiedenen Berliner Bezirksmuseen. Im Laufe des Jahres 2025 kann sie in Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Spandau sowie Reinickendorf besichtigt werden. Im Jahr 2026 folgen Ausstellungen in den Bezirken Mitte, Neukölln, Treptow-Köpenick und schließlich Friedrichshain-Kreuzberg.

Mehr Informationen in Kürze unter:
<https://umbenennen.berlin>

Autor:in



Kaspar Nürnberg ist Geschäftsführer des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und Mitglied der Ausstellungs-Arbeitsgruppe „umbenennen?!“. Das Projekt wird großzügig unterstützt von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Realisiert wird „umbenennen?!“ vom Aktiven Museum und dem Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (ABR) in einer bisher einmaligen Kooperation.

Orte des Erinnerns – Auseinandersetzung mit der historischen Realität einer Nachbarschaft

Stephanie Beetz

Einem eiligen Passanten oder Fahrradfahrer*in mögen die Schilder im Bayerischen Viertel in Berlin nicht direkt auffallen. In drei Meter Höhe hängen sie an Straßenlaternen und Mästen zwischen dem Rathaus Schöneberg und der Hohenstaufenstraße im Bezirk Berlin Schöneberg-Tempelhof. Mit ihren bunten Abbildungen auf einer der beiden Seiten sehen sie auf den ersten Blick wie Reklame aus – dass sie es nicht sind, erschließt sich erst, wenn man sie liest. Die Schilder gehören zu den Orten des Erinnerns, einem Flächendenkmal mit 80 Tafeln, das an die Entrechtung und Vertreibung der jüdischen Bewohner*innen des Bayerischen Viertels während des Nationalsozialismus erinnert.

Dass das Bayerische Viertel einmal Heimat von rund 16.000 Jüdinnen und Juden war, wäre sonst heute kaum sichtbar. Auch ein unscheinbares Denkmal, das an eine Synagoge in der Münchner Straße erinnert, lässt nicht auf die vielfältige jüdische Vergangenheit des Viertels schließen, das zwischen 1900 und 1914 auf einem Feld außerhalb Berlins gebaut wurde. Erschlossen wurde es von der Berlinischen Boden-Gesellschaft (BBG) unter ihrem Mitbegründer Salomon Haberland. Der jüdische Unternehmer plante das Viertel für ein überwiegend bürgerliches Publikum in der damals noch kreisfreien Stadt Schöneberg. Tatsächlich zogen nach Fertigstellung des Viertels viele Ärzte, Rechtsanwälte, Politiker*innen und Künstler*innen dorthin. Bis 1933 lebten und arbeiteten im Bayerischen Viertel viele jüdische, aber auch nicht-jüdische Menschen, die Kinder gingen hier zu Schule. Auch jüdische Intellektuelle wie Hannah Arendt, Erich Fromm, Albert Einstein und Gisèle Freund wohnten hier.

Lange Zeit war diese Geschichte ebenso unsichtbar wie die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus. Den Künstler*innen des Denkmals,

Renata Stih und Frieder Schnock, fiel bei einem Spaziergang durch das Bayerische Viertel 1991 auf, dass es dort nichts gab, dass an die jüdische Geschichte des Ortes und an die Opfer der Shoah hinwies und veranlasste diese dazu die Orte des Erinnerns zu entwickeln. Kurz darauf riefen der Berliner Senat und das Kunstamt Schöneberg zu einem Ideenwettbewerb für ein Denkmal auf, das daran erinnern sollte.

»Lange Zeit war diese Geschichte ebenso unsichtbar wie die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus.«

DIE ORTE DES ERINNERNS

Renata Stih und Frieder Schnock konzipierten ein dezentrales Denkmal, das die historische Realität aus dem Nationalsozialismus mit dem gegenwärtigen öffentlichen Raum verbindet. Es rückt Taten in den Vordergrund. Gleichzeitig wird die umfassende Entwürdigung sichtbar. Auf 80 Metalltafeln veranschaulichen Ausschnitte aus nationalsozialistischen Gesetzen und Verordnungen sowie dazu passende Illustrationen die systematische Entrechtung von Jüdinnen und Juden.



Darstellung eines Brotlaibes als ein Schild der Orte des Erinnerns, Berlin-Schöneberg, 2024. Foto: Stephanie Beetz.

So ist auf einem Schild in der Münchner Straße zu lesen, dass „Juden [...] aus Sport- und Turnvereinen ausgeschlossen [werden]“, darunter das Datum des Erlasses, 25.04.1938. Auf einem weiteren Schild erinnern ein Fieberthermometer sowie ein Gesetzestext auf der Rückseite daran, dass jüdische Ärzte ab dem 25.07.1938 nicht mehr praktizieren dürfen. Die Gesetze werden im Präsens zitiert. Zudem knüpft ihre Platzierung gelegentlich an die unmittelbare Umgebung an, wie etwa der Hinweis auf das Verbot zum Kauf von Süßigkeiten, welches neben einem Delikatessengeschäft platziert wurde. Auf diese Weise zeigen die Orte des Erinnerns die Demütigungen und Entrechtung der jüdischen Menschen, gleichzeitig deren Sichtbarkeit für die deutsche Mehrheitsgesellschaft und deren Rolle im Nationalsozialismus.

ERINNERUNGSKULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Orte des Erinnerns erzählen auch die Geschichte eines durch die Zivilgesellschaft hervorgerufenen Wandels in der deutschen Erinnerungskultur, dessen Auswirkungen im öffentlichen Raum ausgetragen wurden und sichtbar gemacht werden können. So ist zwar die Art und Umsetzung des Denkmals zwei Künstler*innen zu verdanken, die durch das Fehlen von Erinnerung und Gedenken motiviert wurden. Dass aber die Orte des Erinnerns überhaupt errichtet werden konnten, war nur durch eine Nachbarschaftsinitiative im Bayerischen Viertel möglich. Diese begann in den 1980er Jahren, das Leben der jüdischen Bevölkerung in Schöneberg und deren Vertreibung im Nationalsozialismus zu erforschen. Rund zehn Jahre später begab sich auch Andreas Wilcke, damaliger Bezirksverordneter in Schöneberg, auf Spurensuche. Er trug innerhalb eines Jahres die Namen der deportierten Menschen aus seinem Bezirk zusammen und übergab sie der dortigen Bezirksverordnetenversammlung. Diese Initiativen mündeten in den 1990er Jahren in einen vom Bezirk Schöneberg-Tempelhof ausgeschriebenen Ideenwettbewerb für ein Denkmal zur Erinnerung an die jüdischen Bewohner*innen des Bayerischen Viertels und deren Entrechtung. An eben jenem Wettbewerb beteiligten sich Renata Stih und Frieder Schnock, die bereits an der Planung eines Denkmals arbeiteten.

»Die Orte des Erinnerns erzählen auch die Geschichte eines durch die Zivilgesellschaft hervorgerufenen Wandels in der deutschen Erinnerungskultur«

DIE STRASSE ALS STREITRAUM

Die Entstehungsgeschichte der Orte des Erinnerns zeigt den Einfluss, den zivilgesellschaftliche Akteure auf die Erinnerungskultur und auf die Gestaltung des Stadtbildes haben können. Sie verdeutlicht auch, wie Nachbarschaften dadurch zum Ort politischer Auseinandersetzung werden können. Regelmäßig sieht man Menschen, die vor den Schildern des Bayerischen Viertels stehen und diese lesen, oder geführte Gruppen, die über sie reden. Die Schilder regen zur Auseinandersetzung an – und sie provozieren.

Zu Beginn gab es Beschwerden von den Anwohner*innen bei der Errichtung des Denkmals. Es kam zu antisemitischen Beschimpfungen gegenüber den Monteuren der Schilder, ein Polizeiruf veranlasste die zeitweise Unterbrechung der Konstruktion. Bis heute und verstärkt seit dem 7. Oktober 2023 kommt es zu antisemitischen Beschädigungen am Denkmal.



Schild der Orte des Erinnerns zur Diskriminierung bei Heirat mit Juden vom 08.06.1937, Berlin-Schöneberg, 2024.
Foto: Stephanie Beetz.

Diese Entwicklungen zeigen die Notwendigkeit des Denkmals und damit verbunden die Relevanz des Erinnerns im öffentlichen Raum: Denkmäler dieser Art können provozieren, zum Nachdenken anregen und Lücken in der Erinnerungskultur schließen. Gleichzeitig sind die Straßen, auf denen sie sich befinden, Orte, an denen unterschiedliche Positionen aufeinanderstoßen und immer wieder verhandelt werden müssen.

Autor:in



Stephanie Beetz ist studentisches Mitglied der LaG-Redaktion.

Straßenbilder der Weimarer Republik: Verführung, Lähmung und Hoffnung im Film

Sabrina Pfefferle

Die Weimarer Republik war eine der produktivsten und einflussreichsten Phasen der deutschen Filmgeschichte. Bis heute bekannte Klassiker wie „Das Cabinet des Dr. Caligari“, „Nosferatu“ und „Metropolis“ entstanden in dieser Periode, die geprägt war von sozialen und politischen Umwälzungen. Dabei nahm der Film als Massenmedium eine zentrale Rolle in der politischen Kultur und Meinungsbildung ein: Mit über 5.000 Lichtspielhäusern im Jahr 1928 und jährlich rund 350 Millionen Kinobesuchen in einem Land mit „nur“ 60 Millionen Einwohner:innen wurde das Kino auch zu einer Bühne gesellschaftlicher Konflikte (Kunst- und Ausstellungshalle der BRD/Deutsche Kinemathek, 2018: 6). Mit den Worten „Die Filme sind der Spiegel der bestehenden Gesellschaft“ verweist Siegfried Kracauer (1977: 279) auf zwei zentrale Funktionen des Films: Er war sowohl Mittel des Ausdrucks als auch der Analyse der gesellschaftlichen Verfassung der Weimarer Demokratie.

Ein besonderes filmisches Motiv jener Zeit war die *Straße* – sie prägte ein ganzes, von Kracauer mit dem Namen „Straßenfilm“ bezeichnetes Subgenre des Stummfilms. Die Straße wurde im Kino der Weimarer Republik zu einem Raum der Darstellung privater wie politischer Kämpfe. Hier offenbarten sich die Hoffnungen, Ängste und sozialen Spannungen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten. Mit diesem Gehalt können entsprechende Filme auch in der historisch-politischen Bildung eingesetzt werden, um die Straße als Ort der Demokratie in der Weimarer Republik zu untersuchen. Im Folgenden sollen mit „Die Straße“ (1923), „Berlin – Die Sinfonie der Großstadt“ (1927) und „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ (1932) drei Beispiele aus verschiedenen Phasen der Weimarer Republik vorgestellt werden, in denen die Straße der Großstadt auf unterschiedliche Weise inszeniert und funktionalisiert wird.

»Die Straße wurde im Kino der Weimarer Republik zu einem Raum der Darstellung privater wie politischer Kämpfe.«

DIE STRASSE ALS ORT DER VERFÜHRUNG – GEGENBILD ZUR STAATLICHEN ORDNUNG

Ein Mann bewegt sich träge ans Fenster einer dunklen Stube: Er wird angezogen von vibrierendem Licht, das in die Wohnung fällt. Im Hintergrund bereitet seine Frau sorgsam Suppe und Abendbrottisch vor. Beim Blick nach draußen zeigt sich sein sehnsüchtiges Lächeln: Die vorbeieilenden Menschen, Autos, Straßenbahnen, Fahrräder ziehen ihn magisch an. Er wirft einen zögerlichen Blick zurück in das bürgerliche Zimmer – und stürzt sich dann ins Chaos. Mit dieser dramatischen Eingangsszene wird der zentrale Topos des Films „Die Straße“ (1923) von Karl Grune eingeführt: Die Straße als Ort der Verführung und des moralischen Verfalls. Im Laufe der Geschichte verschärft sich dieses Bild. Der Kleinbürger verspielt all sein Geld, ihm wird von zwei Kleinkriminellen und einer Prostituierten ein Mord angehängt, bald darauf verhaftet steht er kurz vor dem Selbstmord. Am Ende flüchtet er reumütig zurück in sein sicheres Zuhause – ein seltsames Happy End.

Der Filmsoziologe Siegfried Kracauer interpretiert diese Rückkehr retrospektiv – er verfasste „Von Caligari zu Hitler“ in den 1940er Jahren – als Unterwerfung unter das häusliche Regime, als „Rückzug ins Gehäuse, der symptomatisch für die Nachkriegsjahre war“ (Kracauer 2012: 148). Die Straße dient im Film Grunes als Durchgangsstation, die zurück in einen Zustand privater Passivität führt und die Verantwortung für das öffentliche Leben an eine externe Autorität zurückgibt. Die Botschaft an den Zuschauer ist klar: Er ist der modernen Welt nicht gewachsen. Schutz findet er in der Monotonie des Alltags und unter staatlicher Kontrolle. Dieses Motiv wird durch die Darstellung der Polizei nochmals unterstrichen: Wo sie auftritt, kehrt Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein. „Die Straße“, ein Film der frühen Weimarer Republik, zeigt das Misstrauen gegenüber der Situation in der instabilen Weimarer Republik – und die Sehnsucht nach einer Rückkehr zur autoritären Ordnung und der Abgabe persönlicher Verantwortlichkeit.

DIE STRASSE ALS ORT KOLLEKTIVER LÄHMUNG



Filmplakat „Die Sinfonie der Großstadt“, 1927. Quelle: DFF – Deutsches Filminstitut & Film-museum, Frankfurt am Main / Plakatarchiv.

„Berlin – Die Sinfonie der Großstadt“ (1927) von Walter Ruttmann bricht mit der narrativen Struktur klassischer Spielfilme: Sie ist eine experimentell-dokumentarische Darstellung des Lebens in der Großstadt.

Der Film zeigt den „Querschnitt eines Berliner Arbeitstages im Spätfrühling“ (Kracauer 2012: 222), beginnend mit dem morgendlichen Erwachen der Stadt und endend in der Nacht. Die Kamera konzentriert sich auf den Rhythmus der vielartigen Bewegungen der Straße, folgt den Schritten der Menschen(-massen) und erschafft so den Eindruck einer chaotischen Gleichförmigkeit. Durch den Verzicht auf individuelle Charaktere und durch die Verwendung rhythmischer Schnitte stellt Ruttmann die Stadt als mechanisiertes System dar. Menschen werden in der Stadt zu einem Teil der urbanen

Maschinerie. Im Mittelpunkt: die Straße. Sie erscheint selbst als eine Art lebendiges Wesen, in der das Individuum verschwindet. Sie ist belebt von Massen an Fußgänger:innen, Straßenbahnen und Autos – gleichzeitig zeigen sich Pausen zwischen diesen Strömen, in denen die Straße leer und verlassen erscheint.

»Menschen werden in der Stadt zu einem Teil der urbanen Maschinerie. Im Mittelpunkt: die Straße.«

Ziellos streift die Kamera durch das Geschehen – ziellos und sinnlos erscheinen die Bewegungen der Menschen. Sie folgen alle dem gleichen strikten Takt und treiben wie fremdgesteuert durch die Stadt. In der stabilisierten Republik erscheinen sie als „ein substanzloses Konglomerat von Parteien und Idealen“ (Kracauer 2012: 224). Diese in „Die Sinfonie der Großstadt“ sichtbar werdende Indifferenz gegenüber dem Individuum und seinen Beziehungen erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht, das viele Menschen gegenüber der modernen Großstadt beschreiben. Ruttmann kreiert eine Straße, die zum Repräsentanten kollektiver Lähmung wird: Sie verschlingt den individuell Handelnden und wird damit zum Symbol der Entfremdung und Entindividualisierung in der modernen Massenkultur.

DIE STRASSE ALS ORT DER POLITISCHEN HOFFNUNG

„Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ (1932) – ein Film von Slatan Dudow unter Mitwirkung von Bertold Brecht – beginnt ebenfalls mit einer Straßenszene: Junge Menschen versammeln sich, um auf die Ankunft tagesaktueller Stellenangebote zu warten. Sie reißen sich um die verteilten Zettel, eilen auf Rädern durch die Straßen zu den möglichen Beschäftigungsorten und stehen schließlich vor verschlossenen Toren. Wie extrem die in der Wirtschaftskrise empfundene Hoffnungslosigkeit ist, zeigt der Film mit dem Selbstmord eines jungen Arbeitssuchenden, der – wieder einmal – ohne Arbeit zu seiner Familie zurückkehren muss. In „Kuhle Wampe“ offenbart die Straße das Ausmaß der alltäglichen Existenznöte: Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit dominieren das Berlin der frühen 1930er-Jahre, das hier gezeigt wird.




Die Familie des Verstorbenen muss in die Zelt- und Gartenkolonie „Kuhle Wampe“ am Berliner Stadtrand umziehen, die Tochter Anni wird ungewollt schwanger, was ihre Lage noch prekärer macht. Doch mit der Reaktion Annis auf das „eigene Schicksal“ wird ein zweiter Topos eingeführt: Sie fertigt politische Plakate an, nimmt an einem Arbeitersportfest teil und marschiert als Teil einer Arbeiterdemonstration durch die Straßen Berlins. Das eigene politische Engagement – die Verknüpfung des privaten Schicksals mit dem der Vielen – gibt ihr Hoffnung. „Kuhle Wampe“ illustriert so, wie die Straße zum Ort kollektiven politischen Handelns und der Mobilisierung der Arbeiterklasse wird. Dabei entstand der Film in einer Zeit, die gleichermaßen von politischen Straßenkämpfen und von Repressionen geprägt war: Einige Szenen des Films wurden von der Zensur gestrichen und seine Vorführung im Frühjahr 1932 mehrfach untersagt (Kunst- und Ausstellungshalle der BRD/Deutsche Kinemathek 2018: 133). Vor diesem Hintergrund stellte „Kuhle Wampe“ auch das Programm der aktiven Solidarität dem Autoritarismus gegenüber.

FAZIT

In den skizzierten Filmen wird das Motiv der Straße auf sehr unterschiedliche Weise genutzt: Sie ist gefährliche Verführerin, Symbol gesellschaftlicher Entfremdung und Ort des politischen Aufbruchs. In der historisch-politischen Bildung kann eine solche Analyse aufzeigen, wie Filme als Reflexionsmedium für gesellschaftliche Ängste, Hoffnungen und Konflikte dienen. Die in den untersuchten Filmen dargestellten Motive – der Rückzug ins Private, die Lähmung durch die urbane Masse und politische Selbstermächtigung – verdeutlichen dabei, wie die Straße als Symbol der demokratischen Verfasstheit interpretiert werden kann. So wird nicht nur der Film, sondern auch die Straße zum Spiegel der (Weimarer) Gesellschaft. Der visuelle Zugang kann dabei auf mehreren Ebenen zur Diskussion über die Weimarer Demokratie anregen: Sowohl die filmischen Narrative selbst als auch die Entstehungsbedingungen und -kontexte der Filme erlauben eine differenzierte Betrachtung der Weimarer Demokratie. Nicht zuletzt regt die Analyse auch zu einem kritischen Blick an, wie der öffentliche (Straßen-) Raum in aktuellen Filmen wie beispielsweise in „Victoria“ (2015) von Sebastian Schipper oder „Ellbogen“ (2024) von Aslı Özarslan dargestellt wird.

»So wird nicht nur der Film, sondern auch die Straße zum Spiegel der (Weimarer) Gesellschaft.«

FILME

-  Dudow, Slatan: Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?, Berlin 1932.
-  Grune, Karl: Die Straße, Berlin 1923.
-  Ruttmann, Walter: Berlin – Die Sinfonie der Großstadt, Berlin 1927.

LITERATUR



Kracauer, Siegfried: Das Ornament der Masse. Essays, Frankfurt/Main 1977.



Kracauer, Siegfried: Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, Berlin 2012.



Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Kinemathek Berlin (Hrsg.): Kino der Moderne. Film in der Weimarer Republik, Dresden 2018.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist Studentin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und studentische Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Impressum

Herausgeberin:



**AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK**

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Gefördert mit Mitteln der Stiftung Orte der
deutschen Demokratiegeschichte



Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Daniel Hadwiger (V.i.S.d.P.),
Stephanie Beetz und Sören Isele

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Lektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst)

Titelbild: Protestgruppe an der Stadtautobahn, West-Berlin, undatiert.
Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim,
Inventarnummer: F2024.04.026.

Innenbild (Inhaltsverzeichnis): Plakat „La Beauté est dans la rue“
[Die Schönheit ist auf der Straße zu finden]. Montpellier, Mai 1968.
Quelle: gallica.bnf.fr / BnF.

ISSN: 2941-6094

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

